

---

Berichte des Bundesinstituts  
für ostwissenschaftliche  
und internationale Studien

---

**Das sowjetische bürokratische  
Herrschaftssystem  
Lenkungsmechanismen der KPdSU**

---

Borys Lewytzkyj

---

---

6-1978

---



## INHALT

|  | Seite |
|--|-------|
| Kurzfassung . . . . .  | 1     |
| 1. Das politische System . . . . .   | 3     |
| 2. Der Apparat der Parteileitung . . . . .                                   | 8     |
| 2.1. Apparat und Basis . . . . .   | 9     |
| 2.2. Gewählte Leitungsorgane der<br>Partei . . . . .                         | 13    |
| 2.3. Der ernannte Parteiapparat . . . . .                                    | 13    |
| 3. Die wichtigsten Herrschaftsmecha-<br>nismen des Parteiapparates . . . . . | 16    |
| 3.1. Kaderpolitik . . . . .  | 18    |
| 3.2. Kontrolle und Überprüfung . . . . .                                     | 21    |
| 3.3. Andere Herrschaftsmechanismen . . . . .                                 | 23    |
| 4. Das Prinzip der Parteileitung<br>in Fallbeispielen . . . . .              | 25    |
| 4.1. Staatsapparate . . . . .  | 26    |
| 4.2. Industriebetriebe . . . . .   | 32    |
| 4.3. Wissenschaft und Hochschulen . . . . .                                  | 38    |
| 4.4. Gesellschaftliche Organisationen . . . . .                              | 41    |
| 5. Allgemeine Merkmale und Auswir-<br>kungen der Parteileitung . . . . .     | 44    |
| 5.1. Zwei Säulen der Bürokratie . . . . .                                    | 46    |
| 5.2. Parteileitung als partei-<br>internes Dilemma . . . . .                 | 49    |
| 5.3. Formen der Abweichung als<br>Notlösung . . . . .                        | 52    |
| 5.4. Parteifunktionär - ein<br>Prestigeberuf? . . . . .                      | 58    |
| 5.5. Ein Herrschaftsmodell für<br>die Zukunft? . . . . .                     | 60    |
| ANMERKUNGEN . . . . .  | 64    |
| ANHANG . . . . .   | 68    |
| Summary . . . . .  | 73    |

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OST-  
WISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN heraus-  
gegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben  
ausschließlich die Auffassung des Autors wieder.

Abdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und  
vorheriger Genehmigung des Bundesinstituts gestattet.

B u n d e s i n s t i t u t

für ostwissenschaftliche und internationale Studien

Lindenbornstraße 22, 5000 Köln 30

### Kurzfassung

Gegenstand der vorliegenden Studie ist die Beschreibung des politischen Herrschaftssystems der Sowjetunion, bei dessen Einschätzung Fachleute übereinstimmen, daß es ein bürokratisches Herrschaftssystem ist. Grundlage des Systems ist die "Parteileitung" (partijnoe rukovodstvo) der gesamten Gesellschaft. Dabei waren zwei wichtige Fragestellungen zu behandeln:

- wer gehört zu dieser herrschenden Bürokratie, aus welchen sozialen Gruppen setzt sie sich zusammen;
- mit Hilfe welcher Herrschaftsmechanismen sichert sie sich ihre führende Rolle im multinationalen Sowjetreich?

Ergebnisse der Studie waren entsprechend:

- die herrschende Parteibürokratie besteht aus zwei "Säulen": auf der einen Seite gewählte Leitungsorgane und ernannter Parteiapparat, die das Machtzentrum der KPdSU darstellen; auf der anderen Seite das Heer der Kommunisten, die im Auftrag der Partei alle Führungs- und Leitungsposten in der gesamten außerparteilichen Sphäre bekleiden;
- der gewählte und ernannte Parteiapparat bedient sich zur Auswahl, Plazierung und Steuerung der im außerparteilichen Bereich tätigen Kommunisten zahlreicher klar zu umreißen-der Mechanismen, deren wichtigste sind aus dem Monopol der Partei in der Personalpolitik ableitbar: "rekommendacija" (Empfehlung von Kandidaten für alle Führungsstellen); "nomenklatura" (Liste der ausschließlich durch die Partei zu besetzenden Posten mit "Nomenklatura-Funktionären"); "Komplettierung" oder auch "Formierung" (Zusammenstellung des Personalbestandes ganzer Führungs- und Leitungsgruppen,

etwa des "Rates der Wissenschaftler" in Forschungsinstituten oder der örtlichen Sowjets der Volksdeputierten).

Ein weiterer Herrschaftsmechanismus wird aus dem Recht abgeleitet, die gesamte Tätigkeit der Kommunisten zu kontrollieren und zu prüfen, er schlägt sich nieder in der Schaffung von Kontroll- und Prüfungskommissionen, in regelmäßigen Rechenschaftsberichten vor der Parteiorganisation.

Die Ergebnisse der Studie lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

- dem Anspruch der Partei auf totale Leitung der Gesellschaft wird formal Genüge getan; dies vollzieht sich durch eine Formalisierung der Parteileitung, die dadurch in der Schaffung immer neuer bürokratischer Substrukturen ihre Legitimation sucht, in denen sich die Aktivitäten der Zuständigen denn auch im bürokratischen Leerlauf erschöpfen;
- zur tatsächlichen Bewältigung anstehender Probleme wird bei verschiedenen Formen des Abweichens und der Notlösungen Zuflucht gesucht, denen zwar die Legitimationsgrundlage fehlt, die aber zur Aufrechterhaltung des bürokratischen Herrschaftssystems als "informelle" Herrschaftsmechanismen geduldet werden müssen bzw. sogar unentbehrlich sind.

Benutzt wurden ausschließlich sowjetische Quellen, die sehr umfangreich sind und zu denen sowohl Nachschlagwerke und Instruktionsmaterialien für Parteifunktionäre als auch zahlreiche Beiträge in Parteizeitschriften gehören, dort wird an konkreten Beispielen das Funktionieren der Parteileitung erkennbar, und somit als empirische Fallstudien nutzbar.

## 1. Das politische System

Artikel 6 von Kapitel 1 der neuen sowjetischen Verfassung -  
"Das politische System" - lautet:

"Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Die KPdSU ist für das Volk da und dient dem Volk.

Mit der marxistisch-leninistischen Lehre ausgerüstet, legt die Kommunistische Partei die Grundrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR fest, leitet sie die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes und verleiht seinem Kampf für den Sieg des Kommunismus einen planmäßigen, wissenschaftlich begründeten Charakter.

Alle Parteiorganisationen wirken im Rahmen der Verfassung der UdSSR."<sup>1</sup>

In allen offiziellen sowjetischen Kommentaren wird dieser - gegenüber früher leicht erweiterte - Artikel als "wichtigste Besonderheit" der neuen Verfassung bewertet. Die Formulierungen sind zwar außerordentlich allgemein gehalten und vermeiden jeden Hinweis auf die konkreten Formen der Parteileitung, doch hatten bereits in der Diskussion um den Verfassungsentwurf zahlreiche Juristen betont, dies sei ausreichend, um die seit Jahren in der Sowjetunion praktizierten Formen der Parteileitung zu beschreiben: "Eine solche Definition und Verbriefung des verfassungsmäßigen Statuts der KPdSU entspricht voll und ganz deren wachsender Rolle im Leben von Gesellschaft und Staat".<sup>2</sup>

Obwohl die Verfassung eine wesentliche Rolle für das sowjetische System spielt, läßt sie doch eine ganze Reihe schwerwiegender Fragen und Probleme der politischen Organisation nicht nur ungelöst, sondern sogar unberücksichtigt. Eine Leerstelle ist vor allem die Frage, welche Parteiapparate

mit Hilfe welcher Methoden die in Artikel 6 angesprochene totale Parteileitung realisieren.

Demgegenüber hat - wie bereits im Vorwort erwähnt - die Partei diesen Problemkomplex in ihrem eigenen Schrifttum bis in alle Einzelheiten aufgearbeitet. Parteiideologen sehen die sowjetische Gesellschaft als ein politisches System an, das sich aus verschiedenen Teilen (Substrukturen) zusammensetzt, hierzu gehören die verschiedenen Institutionen und Organisationen, ihrer aller leitender und steuernder Kern ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion.

Seriösere Arbeiten im Bereich der Parteiliteratur beschreiben dieses komplizierte System mit seiner Vielzahl von "Komponenten" oder "Untersystemen" (podsystemy), die ihrerseits schon aufgrund ihrer funktionellen Aufgaben (z.B.: Staatsorgane oder Gewerkschaften) ihre jeweils eigene rechtliche Entwicklung und bestimmte Kompetenzen haben. Allerdings können diese "podsystemy" innerhalb des sowjetischen Herrschaftssystems nichts anderes ausdrücken, als die für die gesamte Gesellschaft geltenden Prinzipien. Über diese Prinzipien entscheidet aber die Partei zentral und autonom verbindlich für alle "Komponenten" des Gesamtsystems, wobei sie sich nicht nur eine leitende, sondern auch eine "inspirierende" Funktion zuschreibt. Für die "podsystemy" wird zugleich postuliert, keines von ihnen könne ohne bzw. unabhängig von der Parteileitung existieren und sich weiterentwickeln; daher betonen verschiedene Theoretiker, jedes "Untersystem" habe selbst ein existentielles Interesse daran, von der Partei geleitet zu werden. Aus diesem Systemansatz folgt weiter, daß sich kein "Untersystem" aus dem Gesamtsystem ausgliedern könne, ohne dabei letzteres zu gefährden. Dies ist eine knappe Darstellung der sowjetischen Doktrin der Parteileitung, so wie sie auch in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten dargelegt wird.<sup>3</sup>

Aufgabe der Fachliteratur ist es auch, einen umfangreichen Legitimationskatalog zu erstellen und zu propagieren, in dem die Ansprüche der Partei auf umfassende Leitungsfunktionen detailliert begründet werden. Sieht man von den "unantastbaren" grundlegenden Argumenten einmal ab, so ist das Interessante an diesen Rechtfertigungsformeln, daß sie sich im einzelnen je nach politischer Bedürfnislage ändern lassen. Nach dem XXV. Parteitag gehören zu diesem Katalog folgende Sätze:

- Die Kommunistische Partei ist die Avantgarde der Arbeiterklasse, der Träger der höchsten unsterblichen kommunistischen Ideale; ihr Ziel ist die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft. Nur unter Führung der kommunistischen Partei kann dieses Ziel erreicht werden.
- Nur die Partei ist imstande, eine wissenschaftliche Analyse und Prognose der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung in jeder Phase auszuarbeiten und auch umzusetzen - also geeignete Mittel und Wege zu finden. Nur die Partei selbst kann die Menschen für die Realisierung dieser Ziele mobilisieren und organisieren.
- Der Übergang von der sozialistischen zur kommunistischen Gesellschaft ist zwar ein historisch gesetzmäßiger Prozeß, erfolgt aber keineswegs automatisch, sondern gerade als Ergebnis der bewußten Anstrengungen der Arbeiterklasse. Die Komplexität der Probleme, besonders in der Etappe des entwickelten Sozialismus - der Vorstufe zur kommunistischen Gesellschaft - erfordert die ständige Stärkung und Vervollkommnung der Parteileitung.
- Zu den wichtigsten konkreten Aufgaben gehört die Steuerung der neuen historischen Völkergemeinschaft - des einheitlichen Sowjetvolkes, wie es auch die neue Verfassung

definiert. Im Unterschied zur Vergangenheit verlagert sich nun das Schwergewicht im multinationalen Staat vom ehemals angestrebten "Aufblühen der Nationen" auf die "Annäherung der Nationen", die nach den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte in weiterer Zukunft zur noch stärkeren Verschmelzung, d.h. zur vollkommenen Einheitlichkeit der Völker, führen soll. Allein die Partei kann diesen Prozeß angemessen steuern und Konflikte vermeiden.

- Die Sozialpolitik enthält eine Reihe schwieriger Probleme, die nur die Partei lösen kann; beispielsweise die "Vervollkommnung" der Lebensweise der Bevölkerung, die Erhöhung des Lebensstandards, vor allem aber das nach wie vor ungelöste Problem der Beseitigung des Stadt-Land-Gefälles.
- Nur die Partei kann die Ergebnisse der Revolution in Wissenschaft und Technik angemessen in den Dienst des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft stellen, und damit die Interessen der betroffenen Menschen in der richtigen Weise wahrnehmen. Die wissenschaftlich-technische Revolution hat nicht allein im wirtschaftlichen Bereich Erfolge gezeitigt, sondern sie war nur möglich als Ergebnis einer engen Zusammenarbeit von Forschung, Wirtschaft und entsprechenden Kaderausbildung - eine Koordinationsleistung, die nur die Partei selbst vollbringen konnte und kann.
- Die Vervollkommnung und Erweiterung der Monopolstellung der Partei im Bereich der ideologisch-erzieherischen Arbeit ist ein Gebot der Stunde und betrifft das ureigenste Gebiet der Parteiarbeit. Die Verschärfung des ideologischen Kampfes zwischen Kapitalismus und sozialistischem Lager bei gleichzeitig wachsender Einwirkung des ideolo-

gischen Gegners auf die sowjetische Bevölkerung (Kommunikationswege haben sich geöffnet) ist besonders hervorzuheben.

Zur Selbstrechtfertigung der Herrschaft der Partei werden auch zwei außenpolitische Argumente angeführt, die besonders in jüngster Zeit zur Untermauerung des totalen Herrschaftsanspruchs beitragen:

- Zum einen: die risikoreiche internationale Lage mit der Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung und der Notwendigkeit, im Wettrüsten mit den USA gleichzuziehen - d.h. unter größtmöglichen Anstrengungen einen modernen und konkurrenzfähigen Militär-Industrie-Komplex auszubauen und gleichzeitig eine solche außen- und innenpolitische Strategie zu entwickeln, die dieser gefährlichen Situation Rechnung trägt. Höchst offiziell nennt auch die neue Verfassung als höchstes Ziel der sowjetischen Außenpolitik den Kampf um Frieden und Abrüstung.
- Zum anderen: die Verpflichtungen der Sowjetunion gegenüber der sozialistischen Gemeinschaft, die Bemühungen um ideologische, wirtschaftliche und militärische Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, die Beschleunigung und Intensivierung der "sozialistischen Integration".<sup>4</sup>

Die Parteiliteratur geht detailliert auf die Prinzipien der "Parteileitung der Gesellschaft" ein; von diesen Prinzipien seien hier nur die beiden wichtigsten angesprochen.

An erster Stelle ist das Prinzip der "Einheit der politischen und der organisatorischen Leitung" zu nennen, das nichts anderes besagt als den Anspruch, jegliche wirtschaftliche, wissenschaftliche und erzieherische Tätigkeit ebenso wie jegli-

ches organisatorische Handeln müßten strikt im Einklang mit der Politik der Partei stehen, ein Prinzip, das für jeden Bereich gesondert definiert wird. So wird z.B. von der "Einheit von Politik und Wissenschaft", von der "Einheit von Politik und Wirtschaft", von der "Einheit von Politik und Gewerkschaftsarbeit" bis hin zur "Einheit von Politik und Sport" diese Übereinstimmung geregelt.

Das zweite Prinzip ist die Arbeits- bzw. Funktionsteilung zwischen der Partei und den jeweils betroffenen Bereichen. Auf die Praxis angewandt müßte dieses Prinzip bedeuten, daß die Partei als der "lenkende und inspirierende Kern der gesamten Gesellschaft" sich nicht an die Stelle von Staatsorganen, Wirtschaftsapparaten, Betriebsdirektionen, Gewerkschaftsführungen usw. setzen will. Dabei ist von vornherein auf die tatsächliche Situation zu verweisen, in der gerade dieses widerspruchsreiche Prinzip aufgrund seines nicht zu realisierenden Anspruchs im Alltag zu einer permanenten Quelle von Konflikten zwischen Partei und Betroffenen wurde und wird.

## 2. Der Apparat der Parteileitung

Zwei Grundsatzfragen sollen im folgenden beantwortet werden:

- Welcher Apparat ist für die Realisierung der Parteileitung zuständig?
- Welcher Mechanismen bedient er sich dabei?

Wenn in der offiziellen Literatur ständig von "Parteileitung" die Rede ist, so könnte dadurch leicht der Eindruck entstehen, die gesamte Partei - also ihre Mitglieder und Kandidaten - würden diese "Leitungsfunktion" selbst wahrnehmen. In der politischen Alltagspraxis bedeutet "Parteileitung" jedoch zwei Prozesse - einmal die Steuerung des parteiinternen Lebens,

zum anderen die Steuerung des gesamten gesellschaftlichen Lebens.<sup>5</sup>

## 2.1. Apparat und Basis

In den Statuten der KPdSU werden die Grundorganisationen als Basis der Partei bezeichnet. Deren Beziehungen zum Apparat sind für die Klärung des sowjetischen bürokratischen Herrschaftsmodells von grundlegender Bedeutung. Nach dem Stand vom Januar 1976 gehören der Partei über 15 Mio Mitglieder und über 600.000 Kandidaten an. Diese mehr als 15,5 Mio Glieder der Basis stellen theoretisch die Kraft dar, deren Willen die Spitze der Parteihierarchie repräsentiert. Diese Basis ist folgendermaßen organisiert (Stand: Januar 1976):

| Organisation  | 1976    | 1977    |
|---|---------|---------|
| Grundorganisationen der Partei,<br>die Parteikomitees haben                       | 35.951  | -       |
| darunter: Parteikomitees, die<br>die Rechte von Rayonskomitees<br>haben           | 783     | -       |
| Abteilungsparteiorganisationen  | 400.388 | 414.000 |
| darunter: solche, die die<br>Rechte von Grundorganisatio-<br>nen der Partei haben | 274.454 | 282.664 |
| Abteilungsparteiorganisationen<br>mit Parteikomitees                              | 955     | -       |
| Parteigruppen   | 528.894 | 547.890 |

Quelle: Partijnaja žizn' Nr. 10/1976, S. 18 und ebda.  
Nr. 21/1977, S. 36.

Statutengemäß darf jeder Kommunist in die Leitungsorgane gewählt werden und dafür beliebige Kommunisten wählen. Gegenüber diesem Modell einer Basisdemokratie werden seit Jahrzehnten bei der Leitung der Grundorganisationen - ebenso wie auf allen anderen hierarchischen Ebenen der Leitungsorgane - Herrschaftsformen praktiziert, die diese statutengemäßen Rechte außer Kraft setzen.

In der Partei hat sich ein "rekomentacija"-System etabliert: die höheren Instanzen des Parteiapparates "empfehlen" während der Rechenschafts- und Wahlversammlungen die Personen, die in die Leitungsorgane gewählt werden sollen. Solche Praktiken werden in der Parteiliteratur damit legitimiert, daß die übergeordneten Parteiinstanzen über die Situation in den betroffenen Grundorganisationen sehr genau informiert seien, die Tätigkeit qualifizierter Kommunisten genau verfolgten und somit in der Lage seien, unter Abwägung der Interessen von Parteiorganisation und Gesamtwohl die geeignetsten Personen zu erkennen und konsequenterweise auch zu "empfehlen". Es kommt häufig vor, daß das Rayonsparteikomitee Personen als Wahlkandidaten vorschlägt, die den Wahlberechtigten bis dato vollkommen unbekannt waren und die für ihren neuen Posten von anderen Organisationen abkommandiert werden. In der Parteiliteratur wird das "rekomentacija"-System insofern nicht als statutenwidrig angesehen, als es sich ja nur um "Empfehlungen" handle, d.h. die Wahlberechtigten könnten sowohl der Empfehlung folgen als auch dagegen votieren. Wenn sie jedoch in der Regel den Empfehlungen folgen, so eben deshalb, weil das Fußvolk volles Vertrauen in den Apparat habe. In einer Instruktionsbroschüre für Sekretäre von Grundparteiorganisationen heißt es dazu:

"Dies schränkt in keiner Weise die Rechte der übrigen Versammlungsteilnehmer bei der Aufstellung und Beurteilung der Kandidaten ein. Diese Rechte werden auch nicht durch die rekomentacija des höheren Parteiorgans verletzt. Beispielsweise kennt ein Stadtparteikomitee,

das die Arbeit der Grundorganisationen leitet, die Menschen und sollte eine Vorstellung davon haben, wer von ihnen am besten mit der Leitung der einen oder anderen Parteiorganisation fertig werden kann. Oft sagt es seine Meinung über einen Sekretär oder dessen Stellvertreter. Das Stadtparteikomitee kann eine Kandidatur aus den Mitgliedern der jeweiligen Organisation heraus empfehlen (was am häufigsten geschieht), es gibt aber auch Fälle, wo es um einer Verbesserung der Parteiarbeit willen gezwungen ist, einen geeigneten Funktionär aus einer Organisation in eine andere zu versetzen und ihn zur Wahl vorzuschlagen. Auch wenn dieser Genosse zum gegebenen Zeitpunkt der Grundparteiorganisation nicht angehört, für die er empfohlen wird, so stellt dies doch keinerlei Verstoß gegen die Parteiordnung dar. Wenn er gewählt wird, dann wird er ihr angehören."6

Eine Interpretation bzw. Kommentierung des hier durchscheinenden Verständnisses von "Basisdemokratie" dürfte sich angesichts der zynischen bürokratisch-patriarchalischen Bevormundung der Wählermassen als gehorsamem Stimmvieh erübrigen. Hier sei nur darauf verwiesen, daß dies die Alltagswirklichkeit des "demokratischen Zentralismus" darstellt, also eines der tragenden Grundprinzipien der Parteiorganisation.

Der "rekomendacija"-Mechanismus wirkt sich auf allen Ebenen als Empfehlung der jeweils höheren Parteiinstanz aus und ist zugleich das wichtigste personalpolitische Instrument, um die Herrschaft des Apparates innerhalb der Partei aufrechtzuerhalten.

Über die weitreichenden Auswirkungen dieses Prinzips gibt die Wahl zum höchsten Organ der Partei - dem Parteitag - Aufschluß. Statutengemäß werden die Parteitagsdelegierten von den Grundorganisationen gewählt. De facto jedoch arbeitet die ZK-Abteilung für parteiorganisatorische Arbeit eine Liste der erwünschten Delegierten aus und legt sie dem Politbüro beschlußreif vor. Dann werden die auserwählten Personen ihren Grundorganisationen auf Wahlversammlungen "empfohlen"

und in der Regel auch "gewählt". Eines der Rechtfertigungsargumente des Parteiapparates für dieses Verfahren lautet, nur so sei eine "repräsentative" Vertretung aller Bevölkerungsgruppen (Alter, Geschlecht, Nationalität, Bildungsstand und sozialer Status) gewährleistet. Das gehorsame Verhalten des Fußvolkes in seiner Rolle als Stimmvieh erklärt sich nicht zuletzt auch daraus, daß allen bewußt ist, wie sehr sich die Rolle des Parteitages auf die eines Akklamationsforums reduziert, wie perfekt der Parteiapparat alle "Entscheidungen" bereits beschlußreif ausgearbeitet hat. So liegt die Wahl zum Delegierten ausschließlich auf der Ebene einer Prestigeangelegenheit, und eine Teilnahme am Willensbildungsprozeß entfällt von vornherein.

Diese Mechanismen sind bewährte Instrumente der Selbstrekrutierung und Machterhaltung der Parteibürokratie. Mittels ihrer de facto verbindlichen "rekomendacija" sichert sie sich nicht nur ihren personalpolitischen Herrschaftsanspruch. Sie ist auf diese Weise auch vom Fußvolk unabhängig.

Die Parteihierarchie kann ihren Anspruch auf Leitung der gesamten Gesellschaft nur durchsetzen, wenn es ihr gelingt, dafür die vor Ort tätigen Kommunisten in Anspruch zu nehmen. Deren Aufgabe reduziert sich aber zwangsläufig auf die Rolle eines ausführenden Organs, darauf, die Beschlüsse der Partei in allen Teilen und Verästelungen des sowjetischen Systems in die Tat umzusetzen.

## 2.2. Gewählte Leitungsorgane der Partei

Statutengemäß folgt die Aufgliederung der Leitungsorgane der Partei dem Verwaltungsaufbau der Sowjetunion. Läßt man das ZK der KPdSU mit seinem Politbüro und Sekretariat beiseite, so gab es zum Stand vom 1. Juli 1977 14 Zentralkomitees der Parteien der Unionsrepubliken (die RSFSR verfügt über keine eigene Parteiorganisation, alle Parteiorganisationen auf ihrem Territorium unterstehen direkt dem ZK der KPdSU); 6 Krajkoms; 149 Obkoms; 10 Okružkoms; 832 Gorkoms; 594 Rayonskomitees in Städten und 2.870 Rayonskomitees auf dem Lande.<sup>7</sup> Deren personelle Besetzung wird nach dem oben beschriebenen Muster jeweils durch die nächsthöhere Instanz entschieden. Die Abhängigkeit der gewählten Sekretäre auf Krai-, Obkom- und Rayonsebene von den höherstehenden Instanzen wird dadurch verstärkt, daß sie zusätzlich von der nächsthöheren Instanz, bis zum ZK der Unionsrepublik, auf ihren Posten bestätigt werden müssen. Alle Sekretäre stehen auf sogenannten "Nomenklatura"-Posten des jeweiligen Parteiapparates, eines Systems, das im außerparteilichen eine entscheidende personalpolitische Funktion erfüllt.

## 2.3. Der ernannte Parteiapparat

Im System der Parteileitung von besonderer Bedeutung ist der "ernannte" Apparat. Es handelt sich um jene berufenen Funktionäre, die hauptamtlich und im Angestelltenverhältnis Führungsposten im Parteiapparat einnehmen. Der "ernannte" Teil des Apparates existiert auf allen Ebenen - vom ZK bis hinab zum Rayonsparteikomitee. Im Anhang wird anhand von Übersichten die Organisationsstruktur dieser Apparate veranschaulicht.

Beim ZK der KPdSU bestehen sogenannte ZK-Abteilungen, die für die Leitung verschiedener Bereiche zuständig sind. Dabei kommt zwei Abteilungen eine Schlüsselposition zu: der Allgemeinen

Abteilung und der Abteilung für parteiorganisatorische Arbeit.

Die Allgemeine Abteilung erfüllt Vermittlungs- und Koordinationsaufgaben, sie systematisiert die Berichte, die für den Entscheidungsprozeß des Politbüros grundlegend sind. Gleichzeitig leitet sie Direktiven und Informationen an den jeweils zuständigen ZK-Apparat weiter. Der Leiter dieser Abteilung, Konstantin Ustinovič Černenko, wurde im Oktober 1977 zum Politbürokandidaten gewählt.<sup>8</sup> Schon während des XXV. Parteitages war er zum ZK-Sekretär gewählt worden.

Die Abteilung für parteiorganisatorische Arbeit hat die gesamte Kaderpolitik der Partei in Händen; sie arbeitet Vorschläge für die Besetzung von "Nomenklatura"-Posten in Partei- und Staatsapparat aus, dazu gehören auch Minister und Vorsitzende von Staatskomitees in den Unionsrepubliken, die Spitzenposten in gesellschaftlichen Organisationen, ein Sektor dieser Abteilung führt die Kartei aller Mitglieder und Kandidaten der KPdSU mit Personalangaben (učetnyj listok).

Jede der ZK-Abteilungen gehört zu den wichtigsten Machtinstrumenten der Parteibürokratie. Der Leiter der ZK-Abteilung für die chemische Industrie ist innerhalb des politischen Systems einflußreicher als der Minister der UdSSR für die chemische Industrie. Alle Branchenabteilungen (otraslevye otdely) sind für die direkte Parteileitung der entsprechenden Branchen verantwortlich. Eine genauere Funktionsbeschreibung aller Abteilungen ist hier aus technischen Gründen nicht möglich, doch sei erwähnt, daß z.B. die Abteilung für die administrativen Organe u.a. dafür zuständig ist, die Parteileitung des KGB, der Staatsanwaltschaft, der Justiz u.a. zu gewährleisten. Mit am personalstärksten und im politischen System besonders einflußreich ist die ZK-Abteilung für Propaganda. Ihr obliegt die Leitung des gesamten ideologischen Bereiches.

Auch bei den 14 Zentralkomitees der Unionsrepubliken existiert ein nach den gleichen Prinzipien aufgebauter ZK-Apparat, dem entsprechende Abteilungen auf den unteren Ebenen nachgeordnet sind.

An der Spitze jeder Abteilung steht deren Leiter mit seinem Ersten Stellvertreter und den weiteren Stellvertretern, gefolgt von den Leitern der Sektoren, verantwortlichen Instruktoren, Instruktoren, Beratern (konsultanty) und in vielen Abteilungen nach Bedarf auch Lektoren. In der Parteiliteratur wird regelmäßig hervorgehoben, daß für die Abteilungen - besonders auf den unteren Ebenen der Ray- und Gorkoms - die Instruktoren eine zentrale Funktion erfüllen.<sup>9</sup>

Worin liegt die Stärke des ernannten Apparates im System der Parteileitung? Im Gegensatz zu den gewählten Organen, die in horizontaler Richtung, d.h. in ihrem jeweiligen Amtsbezirk, tätig sind, arbeitet der ernannte Apparat vertikal. Ein Nachschlagewerk beschreibt die Aufgaben und die Machtfülle der letzteren:

"Hauptglied in der Struktur des Apparates der Parteikomitees sind die Abteilungen. Sie leiten einen bestimmten Bereich der Parteiarbeit und eine Gruppe von Parteiorganisationen mit verwandter Richtung. So wird die Parteiarbeit in den Abteilungen deutlich differenziert. In ihnen konzentriert sich die Information über einen bestimmten Bereich oder Tätigkeitsaspekt, hier werden die Lage der Dinge, die Entwicklungstrends von Partei-, Wirtschafts- und Gesellschaftsleben untersucht, hier werden Skizzen und Projekte für Entscheidungen vorbereitet, die Kontrolle über die Ausführung von Partei- und Regierungsdirektiven durchgeführt. Die Abteilungen instruieren die Parteiorganisationen und die Behörden über sämtliche Fragen innerhalb ihres Kompetenzbereiches."<sup>10</sup>

Erkennbar wird hier die absolute Machtstellung des Parteiapparates mit seinen gewählten und ernannten Mitarbeitern, in deren Händen die Steuerung nicht nur der Partei selbst, sondern auch aller außerparteilichen Bereiche liegt.

### 3. Die wichtigsten Herrschaftsmechanismen des Parteiapparates

Die Parteiliteratur betont die "Arbeitsteilung" zwischen den Parteiapparaten und den Leitungsgremien aller Institutionen und Organisationen außerhalb der Partei. Grundlegende Maxime dafür sollte sein, nie und nimmer danach zu trachten, die Tätigkeit dieser Apparate zu ersetzen. Auch sollte deren Tätigkeit nicht bevormundet werden, man habe sich nicht in die laufenden Arbeiten einzumischen. Die Parteileitung des politischen Systems sei insofern eine politische Leitung, als ihre Aufgabe darin bestehe, mit politischen Methoden die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Beschlüsse von Partei und Regierung überall verwirklicht werden. Auffallenderweise hat die Parteiliteratur Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre deutlich hervorgehoben, daß diese "politischen" Methoden überwiegend auf Überzeugungsarbeit basieren. Inzwischen gehören aber diese Maximen in der Parteiliteratur der Vergangenheit an, und man spricht heute von der "organisatorischen Arbeit" der Partei im gesamten außerparteilichen Bereich als der Voraussetzung für eine erfolgreiche Parteileitung. Diese organisatorische Arbeit reduziert sich keineswegs allein darauf, bestimmte Beschlüsse und Direktiven zu fassen, sondern umfaßt auch die Veranlassung und Überwachung der entsprechenden Durchsetzungsverfahren. In einem Nachschlagwerk heißt es dazu sogar in Umkehrung der früheren Abstinenz:

"Die Partei beschränkt sich bei der politischen Leitung nicht auf die Funktion, Entscheidungen auszuarbeiten und zu treffen. Die organisatorische Arbeit, die Organisation - das sind für sie vielmehr die wichtigsten Funktionen der politischen Leitung."<sup>11</sup>

Der totale Herrschaftsanspruch der Partei tut sich nicht zuletzt in der Tatsache kund, daß alle Parteitags- und ZK-Beschlüsse für den gesamten außerparteilichen Bereich bzw. für jeweils spezifisch ausgewiesene Adressaten den Charakter von verbindlichen Direktiven haben. Auch hier hat der Parteiapparat ein interessantes und mittlerweile einige Jahre funktionierendes Multiplikationssystem entwickelt. So besteht kein Anlaß zur Verwunderung, wenn über einen Beschluß des Ministeriums für Fleisch- und Molkereiindustrie in einer bestimmten Republik nicht nur Parteiorganisationen und Belegschaften in den unmittelbar betroffenen Betrieben diskutieren, sondern auch die im Schwermaschinenbau Tätigen anderer Republiken oder in den Streitkräften sprechen. Diese universelle Relevanz ist erklärbar aus der Absicht heraus, anhand eines Exempels Kritik oder Verbesserungsvorschläge zu artikulieren, die umfassende Geltung besitzen. Hier kann es um wirtschaftliche und ideologische Probleme ebenso gehen, wie um Fragen der Kaderpolitik. Ein solcher, scheinbar nur begrenzt geltender Beschluß hat also - wenn nicht für alle Parteiorganisationen in der Sowjetunion - so doch für einen erheblich breiteren Adressatenkreis Geltung und soll dort mobilisierend wirken. Zur erfolgreichen Herrschaftspolitik der Parteibürokratie gehört ein breit gefächertes Instrumentarium, das sozusagen hinter den Kulissen der allgemein gültigen Parteitags- bzw. ZK-Beschlüsse machtbewußt eingesetzt wird.

### 3.1. Kaderpolitik

Die entscheidende Machtfunktion im außerparteilichen Bereich wird durch eine straffe Kaderpolitik gewährleistet, wobei der Parteiapparat - in der Parteiliteratur euphemistisch als "die Partei" apostrophiert - das Monopol auf die Auslese, Verteilung und Schulung der Kader (podbor, rasstanovka i vospitanie kadrov) wahrnimmt. Mit diesen personalpolitischen Möglichkeiten hat es die Partei in der Hand, Führungsstellen in der gesamten Gesellschaft per eigener Machtvollkommenheit zu besetzen. Dabei haben sich die drei Systeme der Kaderpolitik durchgesetzt.

#### 3.1.1. Das System der "rekomentacija"

Seine Funktionsweise wurde bereits am Beispiel der partei-internen Kaderpolitik besprochen, sie gilt universell - vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR bis hinab zum Ortsverein der Briefmarkensammler. Die "empfohlenen" Kandidaten werden entweder von den Behörden nominiert oder - bei Kolchosen und gesellschaftlichen Organisationen - gewählt. Die Auswahl der Kandidaten wird im übergeordneten Parteiapparat entschieden, wobei in den Nachschlagwerken vorsichtshalber darauf hingewiesen wird, potentielle Konflikte seien auf ein Minimum zu reduzieren, indem man rechtzeitig Beratungen mit den jeweils zuständigen Behörden oder anderen Kreisen aufnimmt. Dazu ein Nachschlagwerk:

"Was die staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen betrifft, so beeinflusst die Partei die Auswahl der leitenden Kader dort durch die Nutzung ihrer politischen und moralischen Autorität und Überzeugungsmittel. Ihre Haltung in der Frage der Besetzung von Führungsstellen in diesen Organisationen drücken die Parteikomitees in Form von Empfehlungen oder der Zustimmung zu den Vorschlägen der entsprechenden staatlichen und gesellschaftlichen Organe aus. Die

Empfehlungen der Parteiorgane werden gehört und von allen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen berücksichtigt. Das verpflichtet alle Parteikomitees zu großer Verantwortung, verlangt von ihnen aufmerksamste, objektivste und begründete Haltung bei der Einschätzung der politischen und fachlichen Qualitäten der Funktionäre. Der Partei sind die Methoden des Herumkommandierens bei der Lösung von Kaderfragen fremd."<sup>12</sup>

Trotz dieser Beschwörungen, Behutsamkeit bei der Besetzung von Führungsstellen walten zu lassen, bleibt das "rekomen-dacija"-System die Quelle zahlloser Konflikte zwischen der Parteibürokratie und den betroffenen Institutionen.

3.1.2. Die "Nomenklatura" ist ein weiteres System zur Durchsetzung der Kaderpolitik. Es besagt: die Parteiapparate auf allen Ebenen führen ein Verzeichnis sämtlicher Führungsstellen innerhalb ihres Kompetenzbereiches, deren Besetzung ausschließlich ihnen obliegt, d.h. Kandidaten für diese Stellen stehen nicht zur Wahl, sondern werden per "Nomenklatura" nominiert. Die zuständige Fachbehörde bzw. Institution hat den Modus der Besetzung durch die Partei zu akzeptieren.

Parallel dazu bedeutet das "Nomenklatura"-System auch die Existenz eines Verzeichnisses von Funktionären, d.h. von solchen Personen, die zur Besetzung der "Nomenklatura"-Stellen bereitstehen. Die Grundparteiorganisationen verfügen in der Regel über keine Nomenklaturstellen, sind aber in Ausnahmefällen zur Anwendung dieses Verfahrens berechtigt. In großen Betrieben wird dieses Verfahren versuchsweise durchgeführt.<sup>13</sup> Der Parteiapparat sieht in einer derart rigoros durchgeführten Personalpolitik die Garantie dafür, sowohl Schwierigkeiten rascher zu überwinden als auch für eine zügigere Erfüllung der Pläne Sorge zu tragen.

3.1.3. Bei der Kaderpolitik ist schließlich "Formierung" bzw. "Komplettierung" der Leitungsorgane ein weiteres Instrument, das oberflächlich gesehen als Oberbegriff zur Beschreibung der gesamten Kaderpolitik betrachtet werden könnte. Allerdings geht es dabei im einzelnen um mehr als um die Verfahren der "Nomenklatura" und der "rekomentacija". Die Partei erhebt Anspruch auf "vollständige Leitung" in dem Sinne, daß sie sich beispielsweise bei den Wahlen der Volksdeputierten (nach der alten Verfassung "Arbeiterdeputierte") das Recht auf eine Zusammensetzung anmaßt, die entsprechende politische Zuverlässigkeit und Qualifikation garantiert, d.h. ein Kollektiv "formiert" im Einklang mit wünschenswerten Eigenschaften. Die dafür getroffenen Maßnahmen betreffen also die Gesamtzusammensetzung des jeweiligen Apparates. Ein kennzeichnendes Beispiel für "Formierung" ist auch der "Rat der Wissenschaftler" in einem wissenschaftlichen Institut, wobei der zuständige Parteiapparat nicht allein daran interessiert ist, daß an der Spitze dieses Gremiums eine Person steht, die von der Partei "rekommandiert" wird, sondern sie wirkt auch darauf hin, daß die Gesamtzusammensetzung, die "Komplettierung" des Gremiums im Einklang mit den eigenen personalpolitischen Vorstellungen und Wünschen steht. Durch Verhandlungen mit den Betroffenen bemühen sich die Parteistellen jeweils um einen möglichst günstigen Kompromiß. Auch mit dieser etwas gelockerten Form der Kaderpolitik wird das Hauptziel verfolgt: nur Personen in die Führungsorgane eindringen zu lassen, die absolute politische Zuverlässigkeit garantieren, die durch keine kritischen Verhaltensweisen aufgefallen sind oder sich nicht auf andere Weise "disqualifiziert" haben.

Zusammenfassend ist darauf zu verweisen, daß die Kaderpolitik das wichtigste Herrschaftsinstrument zur Stabilisierung, zum Funktionieren wie zum Fortbestehen der Macht der Partei-

apparate darstellt, also zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Minderheit - wie sie die KPdSU ja innerhalb der sowjetischen Bevölkerung darstellt, zur lückenlosen Machtausübung. Als Hebel zur Durchsetzung dieses Machtanspruches wirkt sich schließlich auch die Tatsache aus, daß die von der Partei auf ihre Posten Berufenen in enger Abhängigkeit bleiben und damit zu willfährigen Vollzugsorganen werden.

Zur Verdeutlichung dieser Sicherung des Machtanspruches: betrachtet man eine Tätigkeit, so wird normalerweise der Aspekt der Funktionserfüllung im Vordergrund stehen; für die Partei hingegen interessiert ausschließlich oder doch überwiegend der Aspekt, daß mittels des Trägers dieser Tätigkeit die politischen Ziele der Partei in dem entsprechenden Tätigkeitsbereich verwirklicht werden. Aus der Sicht des "politischen Systems" sind die Leiter im außerparteilichen Bereich vor allem Funktionäre der Partei, die deren Auftrag zu erfüllen haben. Dabei soll jede Parteidirektive, jeder Beschluß der Partei Gesetzeskraft haben und die gesamte Tätigkeit gegenüber der "Partei" rechenschaftspflichtig sein. Für den Einzelnen schließlich entscheidend: seine berufliche Tätigkeit und seine künftige Karriere werden ausschließlich von der Partei bestimmt.

### 3.2. Kontrolle und Überprüfung

In der Parteiliteratur und in der alltäglichen Herrschaftspraxis stellen Kontrolle (kontrol') und Überprüfung (proverka) die nächstwichtigen Herrschaftsmechanismen dar. Die Parteiapparate sind berechtigt, über die Grundparteiorganisationen an den Arbeitsplätzen die berufliche Arbeit aller Leitungsorgane zu kontrollieren bzw. zu überprüfen, und zwar darauf hin, ob sie zur Erfüllung der Direktiven und Beschlüsse beiträgt.

Die Abgrenzung zwischen beiden Mechanismen scheint allerdings auch Experten erhebliche definitorische Schwierigkeiten zu bereiten, wie der folgende Klärungsversuch zeigt:

"Kontrol' im etymologischen Sinne seiner Bedeutung ist sowohl eine Beobachtung - mit dem Ziel der Überprüfung (proverka) - als auch eine Institution (učreždenie), die eine Aktivität kontrolliert. Kontrollieren - das bedeutet, die Richtigkeit einer Handlung zu überprüfen. Dies ist die erste Bedeutung des Wortes kontrol'.

Die zweite Bedeutung ist breiter und umfaßt den gesamten Problemkreis, der mit der organisatorischen Arbeit der verschiedenen Organe zusammenhängt, wenn es um die Realisierung von Partei- und Regierungsbeschlüssen geht. Am häufigsten wird kontrol' in der ersten Bedeutung gebraucht. In der Verordnung über die Partei- und Staatskontrolle vom 20. Dezember 1962 und in der Verordnung über die Organe der Volkskontrolle in der UdSSR vom 19. Dezember 1968 stand die Frage der Kontrolle nicht an erster, sondern an zweiter Stelle. Proverka - das ist ein breiterer Begriff als kontrol', denn er umfaßt auch die Vergewisserung darüber, ob Handlungen richtig oder falsch sind, sowie die Revision, mit dem Ziel der Beobachtung bei der Arbeit und der Inspektion zu Kontrollzwecken."<sup>14</sup>

Zur Wahrnehmung ihrer Kontrollbefugnisse sind die Grundparteiorganisationen berechtigt, Kontrollkommissionen einzurichten, in einigen Fällen auch Prüfungskommissionen, wobei diese allerdings keine selbständigen Organe sind, sondern Teil der Parteiorganisation. Sie können auch nur unter deren Leitung arbeiten. Auch dieser Mechanismus ist vom Gesetz her nicht vorgesehen, wird aber in allen Bereichen unumstritten angewandt. Die Parteiorganisationen sind berechtigt, von allen leitenden Organen - interessanterweise dabei auch von jenen Führungskräften, die selbst der Partei gar nicht angehören - über ihre Tätigkeit Rechenschaftsberichte anzufordern und zu überprüfen, ob die Direktiven der Partei "richtig" durchgeführt wurden.

### 3.3. Andere Herrschaftsmechanismen

Von den verschiedenen sonstigen Formen der Herrschaftsausübung durch die Partei sollte hier zunächst die "attestacija" genannt werden. Bei diesem Verfahren geht es in allen Bereichen um eine Beurteilung, und zwar hinsichtlich der Erfüllung der einer Person übertragenen Aufgaben ebenso wie hinsichtlich des "künftigen Nutzens", den sie auf diesem Posten verspricht - oder nicht verspricht, was dann eine Absetzung bedeutet. Diese "attestacija" galt früher nur für die Streitkräfte, für wissenschaftliche Forschungsinstitute und für den Hochschulbereich; inzwischen hat sich ihr Geltungsbereich fast auf den gesamten Staats- und Wirtschaftssektor ausgeweitet. Die Rechtsgrundlage ist eine Verordnung vom 5. Oktober 1973. "Attestacionnye kommissii" haben die Aufgabe zu prüfen, inwieweit der Attestierte den an ihn gestellten Anforderungen entspricht. Dabei können Vorschläge hinsichtlich seiner künftigen Verwendung - sowohl auf dem gegenwärtigen wie auf anderen Arbeitsplätzen - gemacht und ihm persönlich auch unverbindliche Ratschläge erteilt werden. Die Partei entsendet ihre Vertreter in diese Kommissionen und sichert sich dadurch die Möglichkeit, hauptsächlich die politischen Verhaltensweisen und Einstellungen als Beurteilungskriterien einzubringen. Schon in der Verordnung von 1973 heißt es, die Attestierung diene nicht nur einer Effizienzsteigerung der Tätigkeit, sondern auch der "weiteren Verbesserung der Kaderauslese, der Erhöhung der fachlichen Qualifikation und des ideologisch-politischen Niveaus der Kader".<sup>15</sup>

Eine weitere Herrschaftsform sind persönliche Empfehlungen und Gutachten, die alle Beschäftigten - vor allem die Angestellten - am Arbeitsplatz bei der Bewerbung wie bei Höherstufungen benötigen. Ein kurzes Zitat aus einem Nachschlagewerk charakterisiert diese Praktiken:

"In der Praxis hat sich ein Verfahren durchgesetzt, wobei die Begutachtungen der Mitarbeiter überprüft und bestätigt werden, und zwar von den zuständigen Parteikomitees, Büros oder Versammlungen von Kommunisten, aber auch von den Kollegialorganen anderer Organisationen und Institutionen, die sich aus den erfahrensten und angesehensten Mitarbeitern zusammensetzen. So ist gewährleistet, daß Fehler bei der Einschätzung der Kader und Subjektivismus und Einseitigkeit vermieden werden."<sup>10</sup>

Da die ideologisch-erzieherische Arbeit als Instrument der Kaderschulung nicht gesondert behandelt wird, beschränken wir uns auf einige wichtige Hinweise. Hauptziel der im außerparteilichen Bereich arbeitenden Kader ist, sie ständig zur Einhaltung der "partijnost", der Parteilichkeit, anzuhalten. Dieses Postulat gilt für einen Wissenschaftler ebenso wie für einen Gewerkschaftsfunktionär und soll nach offizieller Lesart bedeuten, daß jeder Funktionär verpflichtet ist, aus marxistisch-leninistischer Warte seine gesamte Alltagsarbeit zu gestalten und seine Tätigkeit danach auszurichten. Diesen hochgespannten theoretisch-ideologischen Anforderungen steht die Alltagspraxis gegenüber: dort bedeutet "partijnost" in erster Linie die Fähigkeit, die aktuelle Parteipolitik durchzusetzen, sie im ideologischen Bereich zu rechtfertigen und ihren Geltungsanspruch auf das jeweilige Tätigkeitsfeld "zu übersetzen". Die zentrale Funktion der Parteilichkeit ist es aber, die durch die vielfältigen kaderpolitischen Abhängigkeiten geschaffenen Loyalitätsbeziehungen des einzelnen gegenüber der Partei noch durch die ideologische Verpflichtung zu verstärken.

#### 4. Das Prinzip der Parteileitung in Fallbeispielen

Das Funktionieren der Parteileitung in den verschiedenen Bereichen läßt sich deutlich nachzeichnen. In den Parteizeitschriften, vor allem in "Partijnaja žizn'" und in den theoretischen Organen der ZKs der Unionsrepubliken sowie in zahlreichen Einzelpublikationen wird sie für den politischen und militärischen Bereich ebenso eingehend beschrieben, wie für Kolchosen, Sowchosen und Hausverwaltungen.

Entsprechende Materialien werden aus zwei Gründen immer häufiger veröffentlicht. Zunächst geht es dem Parteiapparat darum, die Kadenschulung zu optimieren. Zum anderen hatte die sowjetische Führung gerade in den letzten Jahren ihr Modell mehr und mehr gegenüber Kritikern zu verteidigen - und zwar nicht nur gegen Kritiker des linken Flügels im eigenen Lande, sondern in erster Linie in der kommunistischen Weltbewegung (Eurokommunisten). Die Verbündeten innerhalb des sozialistischen Lagers sollten zugleich das Modell übernehmen. Entsprechende Veröffentlichungen erscheinen daher auch in den Sprachen der nichtsowjetischen sozialistischen Länder, wobei es um schlichte Verfahrensbeschreibungen geht, ohne daß dabei die Effizienz angesprochen würde. Es herrscht aufgrund dieser vielfältigen Informationsbedürfnisse kein Mangel an empirischem Material.

Die nachstehend ausgewählten Beispiele zeigen die Schwerpunkte der Parteileitung in diesen Bereichen.

#### 4.1. Staatsapparate

Die Organe der Staatsgewalt sind - als Legislative - der Oberste Sowjet der UdSSR, die Präsidien dieses Obersten Sowjets sowie der Obersten Sowjets der Unionsrepubliken, daneben die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten und - als Exekutive - die Ministerräte der UdSSR und der Unionsrepubliken sowie der Autonomen Republiken. Fülle und Komplexität der Aufgaben der Staatsorgane machen sie zum wichtigsten Anwendungsgebiet des Prinzips der "Parteileitung", wobei sich der Grundsatz auswirkt: je wichtiger ein Apparat, um so intensiver die Parteileitung. Ein Interessenschwerpunkt der Einflußnahme der Partei ist der Oberste Sowjet der UdSSR, das höchste Staatsorgan, dem die sowjetische Verfassung als Legislativorgan einen besonderen Status in der Gesellschaft zuschreibt. Ein besonderes Bedürfnis nach "zielstrebigem Leitung durch die Kommunistische Partei der Sowjetunion" wird den Obersten Sowjets zugeschrieben - gerade weil sie so vielfältige Aufgaben zu erfüllen haben. Wie diese Leitung des Gesetzgebers durch die Partei funktioniert, das wird in nachstehendem Zitat beschrieben:

"Die im Parteiprogramm formulierten Aufgaben werden konkretisiert in Parteitags- und Plenarbeschlüssen, in den Erlassen des ZK der KPdSU, in denen der Kerninhalt der normenschaffenden Aktivität der staatlichen Machtorgane festgelegt wird."<sup>17</sup>

Hier zeigt sich unübersehbar, wo Gesetze bzw. deren Kerninhalte geschaffen werden: in der Partei. Verdeutlicht wird der Mechanismus, der hinter diesem Willensbildungsprozeß gesetzgeberischer Akte steht, in ganz klaren Worten:

"Eine der charakteristischen Besonderheiten der gegenwärtigen Zeit ist die intensive Entwicklung der Gesetzgebung. Die gesetzgeberische Aktivität der höchsten Organe der Staatsmacht, der Inhalt der von ihnen bestätigten Gesetze ist festgelegt durch Parteidirektiven, durch Parteitags- und Plenarbeschlüsse. Die Grundlage der sowjetischen Gesetze bilden die Leitideen und Leitprinzipien, die in den Parteitagsbeschlüssen und in den Beschlüssen der Plena des ZK der KPdSU formuliert sind. Eine Reihe von Gesetzen wurden vom Obersten Sowjet bestätigt, nachdem durch die Partei die wichtigsten Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus umfassend untersucht und in Parteiorganen - im Zentrum wie vor Ort - begutachtet und dann in den Plan des ZK der KPdSU überprüft wurden."<sup>18</sup>

Doch nicht genug mit dieser Zensorenfunktion der Parteigremien. Die Partei sichert sich zusätzlich durch Personalunion auf den Führungsposten im Gesetzgebungsapparat ab:

"Führende Funktionäre der Partei stehen unmittelbar an der Spitze der Arbeit der Kommissionen der Gesetzgebungsvorschläge der Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR. Darüber hinaus bedient sich die Partei verschiedenster Formen der Parteileitung der gesetzeschaffenden Tätigkeit des Sowjetstaates unter den Bedingungen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft."<sup>19</sup>

Diese perfekte personalpolitische Absicherung ist in keiner Weise gesetzlich geregelt, ohne deshalb in ihrem Geltungsanspruch jedoch je angetastet zu werden.

Als Sicherungsmechanismus wirkt sich auch eine "Vorzensur" der Partei im Stadium der Gesetzesentwürfe aus. Wie hier der "Souverän", also die Deputierten des Volkes, von der Partei dank deren "Fürsorglichkeit" übergangen und entmündigt werden, wird ohne Umschweife in der bereits zitierten Broschüre der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU ausgedrückt:

"Wie gesagt bestimmen die Parteibeschlüsse direkt den Inhalt der Gesetzgebungsarbeit der höchsten staatlichen Machtorgane. Das Zentralkomitee der KPdSU überprüft einen vorbereiteten Gesetzesentwurf, äußert seine Meinung dazu und bringt die erforderlichen Verbesserungen ein."<sup>20</sup>

Die Weichen für das Funktionieren der "Parteileitung" werden bei der "Formierung" des Obersten Sowjets gestellt: 72,2% der gegenwärtigen Deputierten gehören der Partei an. Die kommunistischen Deputierten beider Kammern gehören zur "Parteigruppe der Deputierten des Obersten Sowjets". Diese Parteigruppe untersteht direkt dem ZK der KPdSU, wobei auch in diesem Bereich das "rekomentacija"-Prinzip für die Besetzung der wichtigsten Posten gilt. Kurz vor der ersten Session eines neu gewählten Obersten Sowjets setzen sich beispielsweise die Angehörigen der Parteigruppe zusammen, um "v predvaritel'nom porjadke" - also quasi in der Rolle eines Vorauskommandos - Personalfragen zu klären.<sup>21</sup> Viel zu klären bleibt dabei allerdings nicht, da auch die Parteigruppe des höchsten Staatsorgans nicht mehr ist als ein arbeitsteilig eingesetztes Exekutivorgan der "Partei". Der Parteiapparat hat zu diesem Zeitpunkt längst entschieden, wie sich das Präsidium des Obersten Sowjets, die Kommissionen und der Ministerrat personell zusammensetzen, zuständig dafür: die ZK-Abteilung für parteiorganisatorische Arbeit, das Sekretariat und - als Hauptentscheidungsträger - das Politbüro. In der Fachliteratur wird hervorgehoben, welche Ziele damit verfolgt werden: "Die Festigung des Parteikerns in den Leitungsorganen der Staatsmacht, die Erhöhung der Verantwortung der Kommunisten darin - dies ist eine der Richtungen der Parteileitung der Sowjets".<sup>22</sup>

Das gleiche gilt für die Arbeit der Parteigruppen in den Obersten Sowjets der Unions- und der Autonomen Republiken. In der Broschüre der Akademie für Gesellschaftswissenschaften heißt es: "Sie sind berufen, den Einfluß der Partei bei

der Durchführung ihrer Politik unter den Parteilosen zu verstärken, bei der Festigung der Partei- und Staatsdisziplin".<sup>23</sup>

Für die örtlichen Staatsorgane - die Räte der Volksdeputierten - gilt als ungeschriebenes Gesetz ebenfalls die Parteileitung. Als hinderlich erweist sich für eine straffe Durchsetzung dieses "Gesetzes" allerdings die Tatsache, daß der Anteil der Parteimitglieder sinkt, je weiter man in der Pyramide staatlicher Macht nach unten geht, er beträgt bei den örtlichen Sowjets nur noch 43,8% (gegenüber 72,2% im Obersten Sowjet der UdSSR). Hier erweist sich das Instrument der "Komplettierung" bzw. "Formierung" als besonders wichtig: da die Partei Kompromisse gegenüber den Parteilosen machen muß, postuliert sie, daß unter diesen nur die "besten Vertreter der Arbeiter, der Kolchosbauern und der Intelligenz, der Frauen und Jugendlichen" gewählt werden dürfen. Das Interesse an den "richtigen" Vertretern des Volkes ist nicht zuletzt dadurch bedingt, daß die Sowjets als "Schule der staatlichen Verwaltung" gelten, d.h. der Parteiapparat sieht die Delegierten als "Reservearmee" an, aus der er später Mitarbeiter in den eigenen Reihen der KPdSU rekrutieren kann.<sup>24</sup>

Trotz erheblicher Schwierigkeiten ist der Parteiapparat zu keinerlei Zugeständnissen in der Kaderpolitik bereit, sondern verfolgt gezielt und schwerpunktorientiert die eigenen Interessen. In jedem Sowjet der Volksdeputierten werden entsprechend dem Statut der KPdSU beim Vorhandensein von mindestens drei Kommunisten Parteigruppen gebildet, die zugleich für die Parteileitung dieser Sowjets verantwortlich sind. Die Ständigen Kommissionen der Sowjets leisten die Hauptarbeit, da sie für die gesamte Verwaltung zuständig sind. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Regel gilt, an die Spitze dieser Kommissionen Parteimitglieder zu "wählen".

Die Parteigruppen entscheiden auf Anordnung des Parteiapparates über die personelle Zusammensetzung des Apparates der jeweiligen Sowjets. Außerdem sind die Grundorganisationen der Partei für die direkte Parteileitung in gewissen Formen zuständig. Parteikomitees sind beispielsweise berechtigt, die Berichte der Leiter bzw. der Mitglieder der Exekutivkomitees der Deputierten der Volkssowjets entgegenzunehmen, vor allem hinsichtlich des Arbeitsstils und der Arbeitsmethoden zur Gewährleistung eines präzisen Funktionierens des Exekutivkomitees als Kollektivorgan. <sup>25</sup>

Nun einige Anmerkungen zur Parteileitung in Ministerien und Staatskomitees. Eine wichtige Besonderheit ist hier die Beschränkung des Geltungsbereiches der Tätigkeit der Grundorganisationen der Partei ausschließlich auf die im Apparat Beschäftigten und auf deren Arbeit. Gegenüber den in den nachgeordneten Behörden beschäftigten Kommunisten haben sie keinerlei Weisungsbefugnis, sie sind auch nicht die übergeordnete Parteiinstanz der dort gebildeten Parteiorganisationen. Diese Einschränkung der Kompetenzen ist besonders hervorzuheben, da ja im staatlichen Vollzug die Ministerien in hierarchischer Ordnung für die gesamte Branche bzw. das gesamte Ressort bis hinab zur Basis zuständig sind. Dessenungeachtet wird in den Parteiorganisationen in diesen Behörden ein breites Aktionsspektrum erkennbar. Zu deren wichtigsten Aufgaben gehören:

- Verbesserung der Tätigkeit des Apparates des Ministeriums, besonders der Disziplin und des Verantwortungsbewußtseins der Mitarbeiter bei der Erfüllung von Partei- und Regierungsbeschlüssen; die Parteiorganisationen haben umgehend Versäumnisse und Vernachlässigungen an die zuständigen Parteiorgane weiterzumelden;

- Verbesserung der fachlichen Qualifikation der Mitarbeiter, wobei sie berechtigt sind, Informationen über den Stand der Arbeit des Ministeriums, über die Situation in der Branche zu sammeln und weiterzuleiten;
- dem ZK über die zuständige Abteilung von Mängeln in der Arbeit und von Fehlern einzelner Mitarbeiter - ohne Rücksicht auf die von ihnen bekleideten Posten - zu berichten.

Auf Parteiversammlungen und in Sitzungen des Parteikomitees sollen führende Ministerialfunktionäre öfter Informationen und Rechenschaftsberichte der Parteimitglieder über die Erfüllung sowohl ihrer Dienstaufgaben als auch der Pflichten, die aus dem Parteistatut folgen, entgegennehmen.

Die gesamte Personalpolitik in Ministerien und Staatskomitees des Ministerrates der UdSSR fällt in den Kompetenzbereich des Zentralkomitees. Die Grundorganisationen können bei der Ausarbeitung von Empfehlungen nur indirekt auf diese Entscheidungen Einfluß nehmen.

Im Prinzip ist die Parteiorganisation immer der Organisationsstruktur des Staatsapparates angepaßt, in wichtigen Verwaltungszweigen und -abteilungen gibt es dabei Abteilungsorganisationen (cechovye partorganizacii) mit den Rechten einer Grundorganisation der Partei. Ziel ist eine möglichst genaue und "nahe" Kontrolle der Tätigkeit des Ministeriums in jedem Abschnitt. Die auf diese Weise zusammengetragenen Informationen werden auf Parteiversammlungen diskutiert, um Verbesserungsvorschläge auszuarbeiten. Diese Parteiversammlungen sind auch der wichtigste Hebel, um die Arbeit des Ministeriums zu beeinflussen. Dort werden - neben der Entgegennahme von Berichten höherer Beamte, in dringen-

den Fällen auch Minister, über ihre Tätigkeit - auch Referate gehalten, die sich auf Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit von Kommunisten im Ministerium generell beziehen.<sup>26</sup>

#### 4.2. Industriebetriebe

Seit der Gründung des Sowjetstaates ist die Wirtschaft für die Partei ein wichtiges Objekt ihrer Leitungstätigkeit. Sie beansprucht die höchste Verantwortung nicht nur für die Planung und Entwicklung, sondern auch für die Abwicklung der Alltagstätigkeit; sie weitet ihre Leitungsfunktionen ständig aus und ist bestrebt, sie den wachsenden Anforderungen anzupassen. Schon bei der Aufnahme von Kandidaten in die Partei wird ins Auge gefaßt, wie sich der Betreffende in die Pläne zur Verteilung der Kader auf die wichtigsten Wirtschaftszweige einfügen lassen wird. Für die Leitung der Wirtschaft - die ja integraler Bestandteil der Staatsverwaltung ist - gilt alles, was unter 4.1. über die Parteileitung der Staatsorgane gesagt wurde, und zwar hinsichtlich der Festlegung von Plänen und von Direktiven für die einzelnen Bereiche. Die Entscheidungen fällt der Parteiapparat, auch die über örtliche Wirtschaftsprobleme:

"... wurden eine Reihe von Fünfjahrplänen für die Entwicklung der Volkswirtschaft nicht durch die höheren Staatsorgane erörtert, sondern von den Organen der Staatsleitung als Direktiven der Partei zur Durchführung angenommen. Nicht nur die Perspektive, sondern auch die laufende Planung wird bei uns unter der unmittelbaren Leitung der Parteiorgane durchgeführt. Alle Pläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft - Jahres-, Quartalspläne u.a. - werden, bevor sie von Staatsorganen in den Unionsrepubliken, Krajs, Oblast', ASSR, Städten und Rayons beschlossen werden, vorher auf den Plena der Parteikomitees oder der Büros der ZKs der nationalen kommunistischen Parteien, Büros der Oblastkomitees der Partei usw. behandelt."<sup>27</sup>

Der Parteileitung der Wirtschaft liegen dabei folgende Prinzipien zugrunde:

- Einheit der politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit;
- Ausarbeitung und Durchführung einer wissenschaftlich begründeten Wirtschaftspolitik;
- Abgrenzung der Funktionen zwischen Partei- und Wirtschaftsorganen und Erhöhung der Verantwortlichkeit der letzteren;
- Auswahl, Verteilung und Erziehung der Wirtschaftskader;
- Parteikontrolle der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane und der Betriebsverwaltung;
- Entwicklung der Arbeitsaktivität und der schöpferischen Initiative der Werktätigen.<sup>28</sup>

Die Anpassung der Grundparteiorganisationen an den jeweiligen Tätigkeitsbereich gilt als Voraussetzung für die erfolgreiche Parteileitung. In den Betrieben herrscht als Grundprinzip der Produktionsverwaltung die "edinonačalie" - die Einmannleitung, die dem Wirtschaftsfunktionär die Alleinverantwortung für den ihm anvertrauten Aufgabenbereich überträgt. Diesen persönlichen Auftrag erfüllt der Verantwortliche im Rahmen seiner gesetzlich garantierten Kompetenzen, wobei die ihm unterstellten Mitarbeiter alle seine Befehle (prikazy) und Anordnungen widerspruchslos zu befolgen haben. In Industriebetrieben bzw. Produktionsvereinigungen sind mit der "edinonačalie" folgende leitenden Mitarbeiter ausgestattet: Direktor, Generaldirektor, Abteilungsleiter und Meister der Produktionsabschnitte. Jeder hat durch seine Befugnisse innerhalb seines Kompetenzbereiches selbständig zu entscheiden und anzuordnen. Die Partei sieht die Beziehungen zwischen den Prinzipien der Einmannleitung einerseits und der Parteileitung andererseits "dialektisch": beide sollten auf der Grundlage deutlicher Abgrenzung der beiderseitigen Pflichten und Funktionen arbeiten, die Partei

erklärt auch, auf jegliches Vordrängen der Verwaltung verzichten zu wollen und selbst keinerlei produktionsbezogene Anordnungen geben zu wollen; zugleich erklärt sie ihre Bereitschaft, ein Hilfsarsenal für das richtige Funktionieren der Einmannleitung bereitzustellen; die Trennung der Funktionen gilt als Prinzip der Wirtschaftsleitung, das aber keinesfalls die Aufmerksamkeit, Aktivität und das Engagement der Parteiorganisation für Kontrolle, Überprüfung und Kaderpolitik schwächen dürfe. Im Gegenteil: je konsequenter, perfekter und umfassender die Parteiorganisationen ihre Tätigkeit erfüllten, desto besser, so heißt es, könne auch die Betriebsleitung - einschließlich der mit Einmannleitung ausgestatteten Wirtschaftsfunktionäre - ihre Aufgaben erfüllen, oder genauer: die Einmannleitung könne überhaupt nur dann perfekt funktionieren, wenn diese leitenden Persönlichkeiten im engsten Kontakt mit der Parteiorganisation ihre Entscheidungen und Befehle ausarbeiten. Jeder noch so verdiente, bewährte und erfahrene Wirtschaftsfunktionär, der sich diesem "Kooperationsmodell" widersetzt, hat seinen Führungsposten verspielt. Auch die Direktoren sehr großer und unionsweit bedeutender Betriebe sind sich der Folgen bewußt, die aus Konflikten mit der Parteiorganisation resultieren können. Nur Konsensbildung und enge Zusammenarbeit mit der Partei garantieren das bereits erwähnte Prinzip der "Parteilichkeit der Wirtschaftsleitung". Zahlreiche Beispiele beweisen, daß Direktoren, die sich auf einen Konflikt mit dem Parteiapparat eingelassen haben, ihren Posten verloren - auch dann, wenn ihr Widerstand ausschließlich auf fachlichen Argumenten beruhte.

Sieht man die "Parteileitung" im Betrieb an, so ist festzustellen, daß sie seit langem ihren "proletarischen" Charakter verloren hat. Sie steht vielmehr - gemäß dem Postulat einer "effizienteren" Leitung und der Ausschaltung jeglicher

Konfliktquellen - unter dem Druck, die Elite im Betrieb heranzuziehen. Sieht man sich als Beispiel die Grundparteiorganisation des Betriebes "Izolator" in Moskau an, so ergibt sich folgendes Bild: als Sekretär des Parteibüros fungiert der Ingenieur I.I. Smirnov; stellvertretende Sekretärin für Organisationsfragen war die Leiterin der Kaderabteilung bei der Betriebsdirektion, Frau S.I. Isaeva; stellvertretender Sekretär für Propaganda und Agitation war der Ökonom M.B. Sabgir; der Mechaniker V. Gorškov war stellvertretender Sekretär für die Koordinierung verschiedener Formen der gesellschaftlichen Kontrolle, d.h. der Kommissionen für die Kontrolle der Tätigkeit der Verwaltung, der Gruppen der Volkskontrolle, Gruppen der gewerkschaftlichen Kontrolle und des "Komsomolskij prožektor", einer Art Kontrollgruppe des Komsomol; A.A. Barkov, Mitglied des Parteibüros und Direktor dieses Betriebes, hilft den technischen Gesellschaften NTO, den wissenschaftlich-technischen Gesellschaften NTO, der Uniongesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren VOIR und ist für die wirtschaftliche Ausbildung im Kollektiv verantwortlich; Elektromonteur V.V. Martynov, Mitglied des Parteibüros, sorgt für parteipolitische Arbeit an den Wohnorten der Betriebsangehörigen; die Arbeiter Ju.V. Borisov und K.D. Egoruškin, Mitglieder des Parteibüros, organisieren erzieherische Arbeit unter der Jugend; S.V. Savenkov, Mitglied des Parteibüros und Leiter einer Betriebsabteilung, ist Vorsitzender des Methodischen Rates (Metodičeskij Sovet) im System der Parteibildung; Ingenieur G.N. Morozov, Mitglied des Parteibüros, leitet die Volksmiliz (narodnaja družina).<sup>29</sup>

Das Parteikomitee wird also de facto von den führenden Mitarbeitern des Betriebes geprägt. Jüngste Empfehlungen lauten zwar, die Direktoren sollten nicht zu Leitern der Betriebsparteiorganisationen gewählt werden, doch sind sie in der Regel auf verschiedenen wichtigen Parteiposten tätig. Demgegenüber werden die Arbeiter meist zur erzieherischen Arbeit mit

der Jugend oder zu rein technisch-administrativen Aufgaben abkommandiert, wie etwa Terminüberwachung und Durchführung von Versammlungen in den verschiedenen Betriebsabteilungen.<sup>30</sup>

Die wichtigsten Aufgaben der Grundparteiorganisationen in den Betrieben sind: der Kampf um die Erfüllung des Staatsplanes, die Beschleunigung des technischen Fortschritts, ständige Vervollkommnung der Formen und Methoden der Produktion und der Effizienzsteigerung; die Parole des laufenden Fünfjahresplanes lautet: Kampf um die Qualitätsverbesserung der Produktion; eine wichtige Aufgabe ist die Erziehung und die Schulung der Werktätigen, die Organisation der Werktätigen in bestimmten Arbeitsformen zur Produktionssteigerung, also beispielsweise des sozialistischen Wettbewerbs; zu ihren Aufgaben gehört auch die Parteileitung der im Betrieb tätigen gesellschaftlichen Organisationen - vor allem der Gewerkschaften und des Komsomol, aber auch anderer.

Eines der wichtigsten Instrumente der Parteileitung ist die Kontrolle der Verwaltung durch ständige oder provisorische Kontrollkommissionen. Eine der Formen der Kontrolle sind Berichte von Kommunisten über die wichtigsten Fragen, die im Rahmen von Parteiversammlungen, auf Sitzungen der Parteikomitees und Büros in den Betriebsabteilungen entgegengenommen werden. Auch die höchsten Funktionäre, das gilt bis hinauf zum Direktor, können während der Parteiversammlungen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Partei mobilisiert auch breite Kreise der Belegschaft für Kontrollaufgaben - sei es bei einer Inspektion (smotr) oder bei einem Streifzug (rejd), wobei diesen Maßnahmen allerdings eher die Erhöhung des politischen Engagements der Arbeiter zugeordnet wird, als die Erfüllung sachlicher Aufgaben.

Mißachtet ein leitender Funktionär Vorschläge zur Verbesserung seiner Tätigkeit, so ist die Parteiorganisation berechtigt, seine Amtsunfähigkeit (služebnoe nesootvetstvie) zur Diskussion zu stellen.

Der Parteiapparat verlangt von den Grundorganisationen, sie sollten zur Avantgarde bei allem, was die Verbesserung der Tätigkeit des Betriebes angeht, gehören. Bei Umbauten oder Modernisierungsarbeiten wird die Parole ausgegeben, die "Rekonstruktion" sei Sache der Partei, und es gehört zu den Aufgaben des Parteikomitees des Betriebes, entsprechende Pläne auszuarbeiten und sie der Betriebsleitung vorzuschlagen; die Realisierung ist ebenfalls Sache der Partei. Im laufenden Fünfjahrplan steht der "Kampf für eine bessere Qualität der Erzeugnisse" an erster Stelle, und im Zusammenhang damit heißt es in allen Betrieben: "Qualität ist die Sache der Partei." Zu den Aufgaben der Parteimitglieder gehört es also, ein Maximum zur Realisierung der örtlichen Pläne beizutragen. Auch Bewegungen wie die der Erfinder und Rationalisatoren sollten von der Partei geleitet und inspiriert werden. Dies sind nur einige Hinweise auf die Formen, in denen die Parteiorganisation ihre Avantgarderolle im Betriebskollektiv verwirklichen soll.

Wenn man bei diesem Aufgabenkatalog bedenkt, daß das meiste in der Freizeit der Mitarbeiter erledigt werden soll, so wird erkennbar, wieviel Zeit man für Beratungen, Sitzungen und Konferenzen, für Kontrolle und Überprüfungen opfern muß, ohne daß dafür der Parteimasse Arbeitserlaß gewährt würde. Die hauptamtlichen Funktionäre, die es nur in größeren Betrieben gibt, sind mit der Fülle der Aufgaben auch überfordert. Die begrenzte Arbeitsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Werktätigen bedingt es daher, daß nur ein Bruchteil der zahllosen, von der Partei monopolisierten Funktionen tatsächlich erfüllt wird.

#### 4.3. Wissenschaft und Hochschulen

Auch für den Bereich der Wissenschaften sind Parteitage- und ZK-Beschlüsse sowie gemeinsame Beschlüsse des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR verbindlich und bilden die Grundlage für die Fünfjahrpläne jedes Wissenschaftszweiges. Zuständig für die Parteileitung der Wissenschaft und Hochschulen sind die ZK-Abteilung für Wissenschaft und Lehranstalten der KPdSU sowie entsprechende Abteilungen der ZKs der KPs der Unionsrepubliken und der Parteiorgane bis zur Oblast-Ebene. In größeren Städten, in denen sich mehrere wissenschaftliche Institute und Hochschulen befinden, bestehen ähnliche Abteilungen bei den städtischen Rayons.

In jedem wissenschaftlichen Institut sollten sich die Organisationsstruktur des Institutes und die der Parteiorganisation entsprechen. Am Beispiel des Elektrotechnischen Lenin-Union-Institutes - eine der wichtigsten Forschungsstellen im Bereich der Elektrotechnik mit verschiedenen wissenschaftlichen Forschungsinstituten (NII) und Betrieben - soll hier gezeigt werden, wie dies in der Praxis aussieht. Dieses Institut zählt 700 Parteimitglieder und Kandidaten: "Sie sind so verteilt, daß es kein einziges Arbeitsgebiet gibt, in dem ihre Rolle nicht spürbar wäre." In den Institutsabteilungen mit Laboratorien und in den selbständigen Abteilungen bestehen 13 Parteiorganisationen mit den Rechten von Grundorganisationen. In Abteilungen, Laboratorien und Arbeitsabschnitten gibt es insgesamt 57 Parteigruppen. Parteiapparat und Organisation des Institutes entsprechen sich in ihrer Struktur. Die Partei betreibt in erster Linie die Erfüllung der wichtigsten im Fünfjahrplan festgelegten Aufgaben des Institutes.<sup>31</sup>

Auf wissenschaftlichen Gebiet und in den Hochschulen bedient sich die Partei durch ihre Grundorganisationen all der Herrschaftsmechanismen, die sie auch in anderen Bereichen anwen-

det. Dazu gehört in erster Linie die Kaderpolitik. In allen wissenschaftlichen Instituten sind gewöhnlich die wichtigsten Posten Nomenklaturaposten. In Moskau gehören zur Nomenklatura des Parteikomitees neben den Posten der stellvertretenden Direktoren auch die der Leiter der wissenschaftlichen Unterabteilungen sowie der "älteren wissenschaftlichen Mitarbeiter", die für die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Richtlinien zuständig sind.<sup>32</sup>

Besonders ausgiebig wird in den wissenschaftlichen Instituten die "Formierung" betrieben. In jedem Institut besteht ein "Rat der Wissenschaftler" (učennyj sovet), der für die wissenschaftlichen Probleme und, was für die Parteiorganisation besonders wichtig ist, die Attestierung zuständig ist. Die Parteiorganisation ist für seine "Formierung" verantwortlich, d.h. für seine personelle Besetzung. In den meisten Instituten übernehmen die wissenschaftlich-technischen Räte außerdem die Rolle eines Beratungsorgans des Direktors bzw. der wissenschaftlich-technischen Räte in den großen Unterabteilungen. Ihnen gehören meistens Vertreter der Parteiorganisationen an, die auf allen Sitzungen anwesend sind. Während der Parteiversammlungen werden alle wichtigen Fragen hinsichtlich der Tätigkeit dieser Räte erörtert und entsprechende Empfehlungen gegeben.<sup>33</sup>

Die Parteiorganisationen entscheiden über Vertragsverlängerungen oder Kündigungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter, Professoren und des sonstigen Personals. In Moskau wurden beispielsweise im Jahr 1975 an der Höheren Technischen Baumann-Lehranstalt sowie am Ingenieur-Institut für Geodäsie, Luftaufnahmen und Kartographie auf Initiative der Parteiorganisationen die Arbeitsverträge einiger Hochschullehrer nicht verlängert. Im Zusammenhang mit dieser Information schrieb der für die Parteileitung zuständige Funktionär: "Die Parteiorganisationen der Hochschulen und Lehrstühle stellen

bei der Auslese und Erziehung der Kader größere Anforderungen. Sie sind nicht damit einverstanden, daß einige Hochschullehrer keinen aktiven Anteil an der erzieherischen Arbeit der Studenten nehmen." <sup>34</sup>

Auch die zweite wichtige Lenkungsfunktion der Partei, die Kontrolle und Prüfung, wird in verschiedenen Formen in den wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen angewendet. Bei der Parteiorganisation des bereits erwähnten Elektrotechnischen Lenin-Unions-Instituts bestehen zwei Ständige Kommissionen: die erste kontrolliert die Erfüllung vorrangiger Forschungsaufgaben und besonders wichtiger Konstruktionsaufgaben, die zweite überwacht Durchführung und Qualität der Arbeiten an Investitionsobjekten. Die Kommissionen melden die entdeckten Mängel weiter und machen auch Vorschläge zu deren Beseitigung. <sup>35</sup> In der Höheren Technischen Baumann-Lehranstalt besteht ein System zur Kontrolle der Vorlesungen durch die Partei, das auch in anderen Hochschulen praktiziert wird. Zu diesem Zweck wurde vom Parteikomitee eine spezielle Kommission gegründet. Es werden Wettbewerbe für die Verleihung von Titeln wie den des besten Lektors, Seminarleiters usw. organisiert. Die führende Rolle spielt dabei die Parteiorganisation des gesamten Lehrpersonals für Gesellschaftswissenschaften. <sup>36</sup>

Die Aufgaben der Grundorganisationen der Partei in den wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen sind sehr vielfältig. Sie reichen von der fachlichen und ideologischen Schulung des wissenschaftlichen und pädagogischen Personals über die Organisation der Wettbewerbe bis zu intensiven Bemühungen um Rationalisierung der Arbeit und um Steigerung der Effizienz der wissenschaftlichen Tätigkeit. Die Literatur zeigt, daß die Abgrenzung der Kompetenzen von Instituts- und Hochschulleitern gegenüber der Parteileitung zu verschiedenen Konflikten führt, denn auch hier beschränken sich die Partei-

organisationen nicht auf Empfehlungen, sondern treffen auch organisatorische Maßnahmen und greifen damit oft direkt in den Kompetenzbereich der Institutsdirektoren ein. Ein Parteisekretär beschwört in diesem Zusammenhang die segensreichen Auswirkungen der "Einmischung" der Partei:

"Die Parteikontrolle bedeutet keinesfalls eine Einschränkung und Verminderung der Rechte des Rektorats. Ganz im Gegenteil, sie hat es ermöglicht, die Leitung der Hochschule zu stärken, stützt sie sich doch jetzt auf die kollektive Erfahrung, Autorität und Unterstützung der Parteiorganisation. Die große und sorgfältige Arbeit der Parteiorganisation bei der Verwirklichung des Rechtes der Kontrolle der Tätigkeit der Administration wirkt positiv auf die Verbesserung der Leistungen der Studenten, auf die Aktivierung des Erziehungsprozesses."<sup>37</sup>

#### 4.4. Gesellschaftliche Organisationen

"Gesellschaftliche Organisation" umfaßt als Sammelbegriff Gewerkschaft, Komsomol und verschiedene genossenschaftliche Vereinigungen ebenso wie gesellschaftspolitische Organisationen, wissenschaftliche und wissenschaftlich-technische Gesellschaften, Sportvereinigungen bis zur freiwilligen Feuerwehr und Philatelistenorganisationen. Ein Experte charakterisiert die Parteileitung der gesellschaftlichen Organisationen wie folgt:

"Die Kommunistische Partei betrachtet die Fragen der Prinzipien, Formen und Methoden der Leitung der gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen dialektisch. Sie koordiniert die Tätigkeit aller Organisationen und Institutionen innerhalb des politischen Systems der Gesellschaft nach der Spezifik einer jeden Organisation, nach dem Kreis der Fragen, die zu ihrer Kompetenz gehören. Sie sucht eine klare Abgrenzung ihrer Funktionen zu erreichen, leitet die Zusammenarbeit zwischen ihnen, kämpft gegen Nichtübereinstimmung und Parallelismus in ihrer Arbeit. Die Partei bestimmt die politische Linie in der Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen, ohne sie bei jeder Gelegenheit zu bevormunden und ohne sich in ihre Tätigkeit einzumi-

schen. Ihre Politik verwirklicht die Partei durch Kommunisten, die in den Massenorganisationen tätig sind, sie beordert dorthin ständig standhafte und ergebene Funktionäre." <sup>38</sup>

Wir beschränken uns hier auf die zwei großen gesellschaftlichen Massenorganisationen - Gewerkschaften und Komsomol -, auf die sich das besondere Interesse des Parteiapparates richtet.

Die Gewerkschaften in der Sowjetunion sind eine Pflichtorganisation für alle Werktätigen. Die wichtigste Aufgabe des Parteiapparates ist die Besetzung der führenden Gewerkschaftsposten mit Parteimitgliedern. Das geschieht durch die Anwendung des "rekomendacija"-Systems. Ein Parteixperte für Gewerkschaftsfragen dazu:

"Die Partei zwingt den Gewerkschaften ihre Kandidaten nicht auf, sie gibt keine Befehle. Alle Führungsposten in den Gewerkschaften werden durch Wahlen besetzt, wobei die Partei lediglich ihre Mitglieder zur Wahl für diese Posten empfiehlt. Ob sie dann gewählt werden oder auch nicht - das ist eine interne Sache der Gewerkschaften." <sup>39</sup>

1967 betrug der Anteil der Kommunisten unter den Funktionären der Zentralkomitees der Einzelgewerkschaften 79,2%, unter deren Vorsitzenden und Sekretären hatte man sogar den erfreulichen Anteil von 100% erreicht. Unter den Funktionären der Gewerkschaftsräte lag der Anteil bei 73,2%, bei deren Vorsitzenden und Sekretären wiederum bei 100%; unter den Vorsitzenden der Gewerkschaftskomitees der Republiken, Länder und Gebiete waren es 98,4%, unter den Vorsitzenden der Rayons- und Stadtkomitees schließlich 81%. <sup>40</sup> Nach dem Stand von 1970 wurden in die Gewerkschaftsorgane 1,5 Mio Kommunisten gewählt.

Die untersten Zellen der Partei in den Gewerkschaften sind die unter der Leitung der zuständigen Parteiorganisation tätigen Parteigruppen. Sie sind verantwortlich für die Leitung der Grundzellen der Gewerkschaftsorganisationen - der Gewerkschaftsgruppen mit dem Gewerkschaftsorganisator an der Spitze. Die Partei bemüht sich, besonders diesen Posten immer mit Parteimitgliedern besetzen zu lassen. Alle Probleme der Gewerkschaftsarbeit werden auf den Plena der Rayons- und Stadtkomitees der Partei diskutiert - sehr oft in Anwesenheit der verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre. Wir beschränken uns hier auf diese Hinweise auf die Beeinflussungsmechanismen. Von den zahlreichen Aufgaben in den Gewerkschaften seien als wichtigste hervorgehoben: Kampf um Erfüllung und Übererfüllung der Pläne, Verbesserung der Arbeitsdisziplin, Arbeitsschutz, Organisation des sozialistischen Wettbewerbs usw.

Auch hinsichtlich der Parteileitung des Komsomol kann nur auf die Schwerpunkte hingewiesen werden. Das Machtzentrum bildet hier der "Parteikern", d.h. Parteimitglieder, die führende Posten im Komsomol bekleiden. Anfang 1976 waren 60% der Sekretäre der Grundorganisationen (ohne Schulen) Parteimitglieder.<sup>41</sup> Seine besondere Aufmerksamkeit widmet der Parteiapparat der Ausbildung der Parteifunktionäre, die zur Arbeit im Komsomol beordert werden. Die Parteiführung fordert den Parteikern ständig zu erweitern. Die Leiter der Komsomol-Organisationen werden nach dem "rekomendacija"-System gewählt: das Parteikomitee oder -büro "empfiehlt" einen Funktionär für den entsprechenden Posten und trifft damit meist eine weise Wahl: "Die Praxis zeigt, daß die Vorschläge der Parteiorganisationen dann, wenn sie tief durchdacht, sorgfältig und mit guten Argumenten begründet sind, immer die volle Unterstützung aller Komsomolzen finden".<sup>42</sup>

Als ihre wichtigste Aufgabe sieht es die Partei an, durch die Erziehung der heranwachsenden Generation die Kontinuität des bestehenden Herrschaftssystems zu sichern, die Jugend im Geiste des "Marxismus-Leninismus" und in absoluter Treue zur Partei heranzubilden, sie vom schädlichen Einfluß der westlichen Feinde fernzuhalten und die militär-patriotische Erziehung der Jugend zu forcieren.

##### 5. Allgemeine Merkmale und Auswirkungen der Parteileitung

Die Diskussion über das Wesen des sowjetischen Systems reicht bis in die Gründerjahre des Sowjetstaates zurück. Trockij versuchte mit seiner Diagnose vom bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat eine relativ geschlossene Theorie zu entwickeln. Ein wesentliches Merkmal hat diese Auseinandersetzung über die Jahre hinweg bis heute beibehalten: sie wird stark politisiert, ideologisiert und häufig doktrinär geführt; auch ihre Erkenntnisse erschöpfen sich häufig in Schlagwörtern, in ritualisierten Formeln und dogmatisch gesetzten Thesen.

Linke Theoretiker haben erst in den letzten Jahren gewisse weiterreichende Ergebnisse beigetragen, zunächst im Zusammenhang mit den "Ereignissen" in der ČSSR und später mit dem "Eurokommunismus". Erwähnenswert ist eine Arbeit von Ota Šik, als Ökonom und Politiker eine der führenden Persönlichkeiten des "Prager Frühlings".<sup>43</sup> Die Diskussion wurde auch durch einige im Westen erschienene Arbeiten polnischer Autoren angeregt und bereichert.

Die westliche Sowjetologie ist bei der Analyse des politischen Systems der Sowjetunion bisher noch nicht über Stückwerk hinausgelangt. Die Parteileitung der Gesellschaft wurde zunächst nicht behandelt, während erst in jüngster Zeit einige Arbeiten zu Einzelproblemen erschienen: über Nomenklatura und Wirtschaftsleitung sowie über die Beziehungen zwischen Partei

und Streitkräften bzw. anderen Apparaten oder Gruppen. Eine umfassende und herrschaftssoziologisch fundierte Beschreibung und Analyse des Phänomens der Führungsrolle der KPdSU steht weiterhin aus. Für die DDR-Forschung mit ihren vergleichbaren Problemen ist die 1977 erschienene Arbeit von Rudolf Bahro "Die Alternative" ein weiterführender Beitrag, in dem in treffender Weise die Herrschaftsformen der DDR und der Sowjetunion behandelt werden.<sup>44</sup>

Vermutlich werden die Lücken in diesem Forschungsbereich allmählich geschlossen. Als bescheidener Beitrag zu diesem Ziel versteht sich auch die vorliegende Analyse.

Ein häufig zu beobachtender Fehler bei der Analyse des sowjetischen Herrschaftssystems besteht darin: die westliche Soziologie sieht Bürokratie als ein Phänomen, das im Zusammenhang mit Rationalisierung, Modernisierung und Spezialisierung hauptsächlich in der Verwaltung entstand und teilweise zum "Bürokratismus" entartete. Naheliegend war daher die Gefahr, aus dieser Betrachtungsweise bestimmte Erfahrungen auf die Analyse auch des sowjetischen Herrschaftssystems zu übertragen, oder sich doch zumindest des Instrumentariums dieser Forschungsrichtung zu bedienen.

Ohne Zweifel ist in der Sowjetunion dieses viel bspöttelte Phänomen Bürokratie und Bürokratismus mit den gleichen Merkmalen, wie sie im Westen beobachtet werden, zu erkennen. Völlig zu trennen von diesen Betrachtungen ist jedoch die Analyse des bürokratischen Herrschaftsmodells. Hier geht es um die Bürokratie als Trägerin der politischen Macht, einer Macht, die die gesamte Gesellschaft mit all ihren staatlichen Institutionen und Gruppen in ihren Zügeln hält. Dazu gehört die Steuerung des Staates, der Wirtschaft, der Landesverteidigung und anderer Bereiche ebenso wie vor allem die

Steuerung des ideologischen Bereiches, der sich wiederum vom Bildungswesen bis hin zum Angebot an Kunst, Literatur und Unterhaltungsveranstaltungen erstreckt. Die Totalität dieses Herrschaftsanspruchs, die zu seiner Durchsetzung verfügbaren Mechanismen und Durchsetzungsmöglichkeiten - dies macht das sowjetische System zu einer einmaligen Erscheinung. In den letzten Jahren waren verstärkte Bemühungen zu beobachten, dieses Herrschaftssystem auch den anderen sozialistischen Ländern aufzuzwingen. In der perfektsten und stabilsten Ausprägung findet sich das System allerdings in der Sowjetunion selbst vor. Aufgrund dieser "hohen" Entwicklungsstufe des bürokratischen Herrschaftsmodells sehen sich sowjetische Theoretiker berechtigt, für die übrigen sozialistischen Länder im Vergleich zur Sowjetunion von einer "niedrigeren" Entwicklungsstufe zu sprechen.

Die vorliegende Arbeit wollte aufzeigen, wer diese herrschende Bürokratie ist, wie sie ihre Macht ausübt, sichert und zu verstärken sucht. In diesem abschließenden Teil werden zusammenfassend einige allgemeine Strukturmerkmale vorgestellt.

### 5.1. Zwei Säulen der Bürokratie

Erinnern wir zunächst daran, daß zur Parteibürokratie einmal die "gewählten" Leitungsorgane und zum andern der ernannte Parteiapparat gehören. Letzterer steht unter der Leitung des Sekretariats des ZK der KPdSU bzw. der entsprechenden ZKs in den vierzehn Unionsrepubliken; Leitungsfunktionen haben weiterhin Büros und Sekretariate in den Landes- und Gebietskomitees, auf den unteren Ebenen, bis hinab zum Rayon, wird diese Funktion nur von Büros wahrgenommen.

Die komplexe Funktion dieser Apparate spiegelt den Wandel, dem sie seit den Gründerjahren der Sowjetmacht unterlagen. Zunächst beschränkte sich die Rolle des Sekretariats auf die eines ausführenden Organs. Die wachsende Komplexität der innen- und außenpolitischen Probleme weist diesem ZK-Sekretariat heute bei der Vorbereitung der vom Politbüro zu treffenden Entscheidungen eine Schlüsselstellung zu. Es leitet den gesamten ZK-Apparat mit seinen verschiedenen spezialisierten ZK-Abteilungen. Die Aufgabe dieser Abteilungen ist ihrerseits eine doppelte: sie sind zum einen dafür zuständig, die Parteileitung der einzelnen Bereiche von Staat und Gesellschaft mit Hilfe der Grundparteiorganisationen bzw. Parteigruppen durchzusetzen, sie dienen zum andern dem Politbüro als die wichtigste Informationsquelle bei der Entscheidungsfindung. Auch die Rolle der ernannten Apparate auf den unteren Ebenen ist in diesem System eine doppelte: durch ihre Praxisnähe im Rahmen ihrer örtlichen Kompetenz sind allein sie imstande, die Umsetzung der Beschlüsse zu sichern; zugleich können nur sie aus ihrer Aufgabe der "vertikalen Betreuung" verschiedener Abschnitte (Betriebe, Kolchosen, Institute usw.) und aus intimer Kenntnis der Basis heraus den höheren Instanzen Informationsmaterial für lange und kurzfristige Entscheidungen liefern. Bei Krisen müssen sie Hilfe von oben erbitten oder "Alarm schlagen".

Das System wurde hier nur beschrieben und in seiner Funktionsweise transparent zu machen gesucht, wogegen ein Werturteil über seine Funktionstauglichkeit und funktionale Angemessenheit ausgespart blieb. Für das Selbstverständnis der Herrschenden - und das gilt für alle Ebenen des sowjetischen Machtapparates - ist es charakteristisch, daß sie bei auftretenden Schwierigkeiten oder neuen Entwicklungstrends im Glauben an die Allmacht und die Monopolstellung dieses Herrschaftsmodells nur dessen ständige Vervollkommnung als Lösung sehen. Alternative Lösungs- oder gar Herr-

schaftsmodelle liegen hingegen außerhalb der gedachten oder vorgestellten Strategien. Diese Verpflichtung auf das Bestehende macht verständlich, daß das "Modell" seit Chruščevs Sturz im Jahre 1964 ein ständiges "Aufblühen" erlebt. Diese Förderung ist Brežnev persönlich zu verdanken. Umgekehrt sichert diese Solidarität mit dem Apparat auch Brežnevs Stellung als "der" Mann des Apparates an der Spitze.

Zur "ständigen Vervollkommnung" gehört es, daß die parteiorganisatorischen Abteilungen und anderen Apparate heute bestrebt sind, Führungsposten nur noch mit Personen zu besetzen, die sich deutlich von jenen primitiven Apparatschiks unterscheiden, gegen die noch Chruščev erbittert kämpfte. Wie aus den biographischen Angaben der Funktionäre - auch solcher auf unteren Ebenen, über die gelegentlich Informationen vorliegen - ersichtlich ist, haben sie einen hohen Bildungsstand, meist Hochschulabschluß in der einschlägigen Fachrichtung. Einige Sektoren von ZK-Abteilungen werden von Doktoren der Wissenschaften bzw. von Fachkapazitäten geleitet. Voraussetzung für Berufung, Bewährung und Aufstieg dieser Experten in der Partei ist allerdings, daß sie die Spielregeln des Apparates und seine Herrschaftsmechanismen anerkennen und sie sich in ihrem gesamten Verhalten zu eigen machen.

Die Beziehungen zwischen Parteiapparat und Grundparteiorganisationen sind wie erwähnt dadurch gekennzeichnet, daß die Durchsetzung der Beschlüsse "von oben" nur dank der am Arbeitsplatz bzw. überhaupt vor Ort tätigen Kommunisten gelingen kann. Zugleich sind diese unentbehrlichen Ausführungsorgane jedoch keine Willensträger, sie sind vom Willensbildungsprozeß der Partei ausgeschlossen - eine Einschränkung ihrer Partnerrolle, die ihnen auch die Mitbestimmung über die Zusammensetzung ihrer eigenen Leitungsorgane versagt. Ihre Rolle, ihre Mitwirkung beschränken sich darauf, die oben festgelegten und als Direktive nach unten gelangenden Ziele der

Partei zu verwirklichen. Ihre Initiativen sollen auf die Durchführung bzw. Verbesserung der "operativen" Arbeit gerichtet sein, d.h. auf Maßnahmen zielen, wie eine optimale Durchsetzung in Kenntnis der örtlichen Besonderheiten zu gewährleisten ist.

So viel zur ersten "Säule" der Bürokratie, die sich aus gewählten Leitungsorganen und dem ernannten Parteiapparat zusammensetzt. Sie umfaßt das Zentrum der Parteimacht.

Die zweite "Säule" setzt sich zusammen aus dem ganzen Heer jener Kommunisten, die im gesamten außerparteilichen Bereich aufgrund der bereits geschilderten personalpolitischen Herrschaftsmechanismen Führungs- und Lenkungspositionen einnehmen. Diese Führungskräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen sind vom Parteiapparat abhängig, sind ihm gegenüber zu regelmäßiger Rechenschaftsberichterstattung verpflichtet; alle Parteidirektiven sind für sie bestehendes Gesetz. Zugleich müssen sie sich stets der Tatsache bewußt sein, daß ihre Karriere jetzt und künftig völlig vom Parteiapparat abhängig ist. Mit Hilfe dieser totalen Abhängigkeit erweitert die Parteibürokratie ihre eigene Macht über die gesamte Gesellschaft. Diese beiden "Säulen" machen zusammen die herrschende Bürokratie aus.

## 5.2. Parteileitung als parteiinternes Dilemma

Das Funktionieren des arbeitsteiligen Herrschaftsmodells der "beiden Säulen" setzt voraus, daß die Kommunisten an der Basis Geschlossenheit und Disziplin an den Tag legen, daß sie widerspruchslos als Erfüllungsgehilfen der Parteibürokratie ihre reduzierte Partnerrolle spielen. Die Partei bietet einen enormen Aufwand an Personal und Finanzen auf, um die Kontrolle und die ideologische Schulung der Parteimassen zu sichern. Nun ist die Leitung der Partei selbst nur ein Teil des Systems

der Parteileitung; dieses System umfaßt die gesamte Gesellschaft, bedeutet also auch für die gesamte Gesellschaft Kontrolle und Schulung. Die Parteileitung der Gesellschaft wirkt sich so aus, daß sie jegliche Dynamik bremst, zu Verhärtung führt und entwicklungsfeindliche Tendenzen fördert. Parteiapparat und Fußvolk sind deutlich gegeneinander abgegrenzt, was sich allein schon in der völligen Unabhängigkeit der Funktionäre von den Massen ausdrückt. Willens- und Entscheidungsbildung sind von vornherein der Parteispitze vorbehalten und werden von oben an die Basis mitgeteilt. Ergebnheitsbekundungen gegenüber der Partei und die ständige Kontrolle der bedingungslosen Erfüllungsbereitschaft sind Voraussetzungen für das Weiterfunktionieren dieses Herrschaftsmodells. Im ZK wird beschlossen, welche "Diskussionen" über bestimmte Probleme in breiten Kreisen geführt werden sollen bzw. dürfen. Mit teilweise fertigen Entwürfen und einschlägigen Studienmaterialien wird die Diskussion gesteuert. Gegenüber den Massen hat die Parteibürokratie keinerlei gesellschaftlich-politische Verpflichtungen, die Notwendigkeit oder gar Richtigkeit solcher Dokumente hinterfragen zu lassen. Kommunisten wie Nichtkommunisten werden in einem Geist erzogen, der davon geprägt ist, daß nur die Partei über die wichtigsten Wissensquellen verfügt; ihr Wissen wird so zu einem Herrschaftswissen und begründet gerade als Wissensmonopol wiederum den totalen Leitungsanspruch: nur die Partei weiß alles, nur sie vermag optimal zu steuern, zu leiten und zu integrieren.

In der Praxis ist an der Basis, wo jedoch die meisten - und häufig auch heikelsten - Probleme zu lösen sind, der geringste Informationsstand vorhanden. Eine solche "Dosierung" des Wissens nach hierarchischen Gesichtspunkten führt dazu, daß nicht unmittelbar eindeutige oder an bestimmten örtlichen Gegebenheiten scheiternde Direktiven die Genossen an der Produktionsbasis zu ständigen Rückfragen bei den höheren Instan-

zen veranlassen müssen. Umgekehrt veranlaßt die Monopolisierung des Wissens an der Spitze der Herrschaftspyramide die Parteibürokratie dazu, daß die Direktiven den ausführenden Organen nicht nur inhaltlich so präzise, detailliert und umfassend wie nur irgend möglich vorgeschrieben werden, sondern daß auch gleichzeitig die Durchführungsform festgelegt wird. In jedem Instruktionsbuch für Parteifunktionäre werden die Mitarbeiter auf Rayons- und Stadtebene belehrt, der Parteauftrag könne nur dann optimal erfüllt werden, wenn er von oben nicht nur erteilt werde, sondern auch die Modalitäten angegeben würden, wie der Parteauftrag vor Ort zu realisieren sei, wobei den Funktionären dann nur noch die jeweils konkreten - und nicht mehr zentralistisch erfaßbaren - Bedingungen zu analysieren und zu berücksichtigen bleiben. Hier sind wiederum die Grenzen der Belastbarkeit für den Instrukteur erreicht, der ja selbst nicht bis ins letzte Detail in seinem Einzugsgebiet alle relevanten Umstände erkunden kann. Dabei wird zugleich deutlich, daß auch die "operative Freiheit" stark eingeschränkt ist.

Die offiziellen Lösungsvorschläge für dieses Dilemma reduzieren sich auf zwei Aufgaben, die die bereits erwähnten Formen Kontrolle und Schulung einschließen: da ist einerseits die Bemühung um optimale "qualitative Zusammensetzung des Mitgliederbestandes", da ist andererseits die ständige Vervollkommnung der Organisationsstrukturen der Partei. Völlig fehlen in diesen perfektionistischen Denkmodellen: Mitbestimmung der Basis, Informationsverbesserung nach unten, mehr Entscheidungsspielraum für jene, die an der Basis für die Durchsetzung der Direktiven zu sorgen haben.

Für die Parteibürokratie ist das bestehende Modell entsprechend der von ihr internalisierten Normen das einzig denkbare, das auch an keinerlei Alternativen hinsichtlich seiner

Effizienz gemessen wird. Mängel sollen systemimmanent durch Perfektionierung der bestehenden Mechanismen gelöst werden.

### 5.3. Formen der Abweichung als Notlösung

Die beschriebenen, statutenmäßig nicht abgesicherten Herrschaftsformen werden in der Praxis von ebenfalls "inoffiziellen" Praktiken ergänzt, die die Partei in gewissen Grenzen solange duldet, wie sie nicht zu eskalieren drohen. Solche Formen der Abweichung von den offiziellen Parteileitungsmechanismen dienen dem Bemühen, die häufig realitätsfremden, von oben aufoktroierten Aufgaben mit den Erfordernissen der Praxis in Einklang zu bringen, die notwendigen Kompromisse sind weder von der Parteileitung noch von staatlichen oder anderen Verwaltungen vorausgesehen. Bei all den vom System und seinen Mechanismen selbst erzwungenen Formen ist ein gemeinsames Merkmal, daß von den Funktionären ständig Druck auf die Basis ausgeübt wird, Notlösungen zu suchen, wobei bei deren Wahl aber meist wenig Spielraum bleibt. Solche Lösungen sind vom Prinzip her selbstverständlich nicht zulässig, da ja jeder Plan und jede Direktive der Partei den Anspruch erhebt, wissenschaftlich fundiert zu sein und damit alle unvorhersehbaren Störfaktoren - wie sie die anarchisch verlaufenden Prozesse des Kapitalismus alltäglich hervorbringen - von vornherein ausschließen. Dieses fiktive Wirklichkeitsbild, an das sich die Partei klammert, wenn sie beispielsweise heute die Etappe des entwickelten Sozialismus ausruft, kann aber nicht verhindern, daß auch die Führungsspitze dazu gezwungen ist, nach "Notlösungen" zu suchen, die oft weit von den ideologischen Fundamenten abweichen.

Hier sei nur auf die Beibehaltung des Privateigentums in der Landwirtschaft erinnert, die eine klassische und quantitativ eindrucksvolle Form der Kapitulation vor den Zwängen der Rea-

lität darstellt. Folgende Zahlen sprechen eine beredte Sprache über die Notwendigkeit dieser Form von "Notlösung": auf nur 1,5% der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden 31% der Fleisch- und Milchprodukte, 34% des Gemüses, 39% der Eier und 59% der verbrauchten Kartoffeln erzeugt!<sup>45</sup>

Die verschiedenen "Ausweichformen" finden sich vor allem in Betrieben, Kolchosen, Instituten usw., wo örtliche Funktionäre "gemeinsame Sache" mit den Verantwortlichen machen, die ihrerseits auf dem Weg der Nomenklatura oder der "rekomen-dacija" auf ihre Posten gekommen sind, ebenso mit den Leitern von Organisationen.

Aber auch innerhalb des Parteiapparates selbst gibt es bestimmte Ausweichformen, die hier kurz dargestellt werden sollten.

An erster Stelle ist hier die Formalisierung zu nennen, sie wächst in dem Maße, wie man sich der Wirklichkeit nähert. Die Formalisierung der Parteileitung führt zu folgendem Phänomen. Sobald in einer Direktive die Verwirklichung einer konkreten Aufgabe gefordert wird, werden an der Basis - und das ist bereits bei Raykoms der Fall - die verschiedensten Kommissionen, Unterkommissionen, Komitees mit allerlei zusätzlichen Einrichtungen gebildet. Die "Realisierung" jedoch erfolgt in Form von Berichten, Meldungen und Schreiben: so und so viele Komitees wurden gegründet, so und so viele Sitzungen mit so und so vielen Anwesenden abgehalten und im einzelnen aufgezählte Maßnahmen beschlossen. Eines der wichtigsten und für das sowjetische bürokratische System typischen Charakteristika der Aktivität der Bürokratie ist, daß sie sich in den von ihr selbst geschaffenen Apparaten erschöpft. Diese Pseudo-Effizienz, die sich in der Zahl der Ausschüsse, Mitglieder, Sitzungen und Beschlüsse spiegelt, und, was als besondere Aktivität auch der Parteimassen gewertet wird, der

Vorschläge, immer neue Apparate zu gründen, um hier und dort die Lage zu verbessern, diese Pseudoeffizienz täuscht darüber hinweg, daß der eigentliche Einsatz in ganz anderer Form erfolgen sollte.

Eine solche systemkonforme Bildung immer neuer Apparate - mit für den Betrachter fast satirischen Zügen - ist auch für die Funktionäre der mittleren Parteibürokratie keinesfalls unangenehm; nur die wenigsten von ihnen sind bereit, ihre Karriere in unermüdlicher Selbstaufopferung mit einem Herzinfarkt zu beenden. Sie neigen eher dazu, die vielbeklagte Arbeitsüberlastung ein bißchen dadurch zu mildern, daß sie die zahlreichen Berichte von unten als willkommenen Beweis eigener Aktivität zu ihren Gunsten verwenden, die Anzahl von Kommissionen und Subkommissionen als Ausdruck von schöpferischem Ideenreichtum zu feiern. Gerade in den wuchernden Apparaten spiegelt sich ein weiteres Bedürfnis der Bürokratie: durch die "Privilegierung" von Kommunisten, die zu Leitern solcher Kommissionen werden, erweitert sich der Apparat selbst und findet dabei in der Gesellschaft neue, diesmal sogar echte Verbündete.

Die Ausweichmechanismen der Wirtschaft sind von vorrangigem Interesse. Zwar soll - wie unermüdlich betont wird - die Parteileitung nicht die Wirtschaftsleitung ersetzen, doch soll sie jederzeit unterstützend und "politisch leitend" wirken, und es gehört zu den Aufgaben der Branchenabteilungen der Partei, von höchster Ebene her Hilfe zu leisten. Für viele Wirtschaftsfunktionäre sind die Genossen von der Parteibürokratie nichts anderes als "gehobene 'tolkači'", d.h. Repräsentanten eines seit Jahrzehnten funktionierenden Aushilfsmechanismus; ein vom Betrieb gut bezahlter Spezialist versucht bei Störungen innerhalb wie außerhalb der Legalität Abhilfe zu schaffen, Ersatzteile oder Materialnach-

schub zu beschaffen usw. Wenn es in einem Nachschlagwerk der Partei heißt, die Parteiapparate seien "oben" ebenfalls berechtigt, dafür zu sorgen, daß Krisen auch in einem Betrieb draußen in der Provinz behoben werden, so ist dies nur die Anerkennung des Bestehens solcher Notlösungen. Wenn das Gesamtsystem der material-technischen Versorgung nicht mehr funktioniert, so bedarf es eines "tolkač", also eines sehr hochstehenden Parteifunktionärs. Deshalb versuchen noch heute Betriebsdirektoren, Kolchosvorsitzende u.a. dem Parteiapparat die Erfüllung verschiedener wichtiger Aufgaben zu überlassen. Daß diese Praxis häufig groteske Formen annimmt, darf dabei nicht verwundern. So beklagte sich ein Betriebsdirektor aus Baku, der Plan sei deshalb zusammengebrochen, weil "... der Sekretär der Grundorganisation der Partei, Genosse Karapetjan, nicht rechtzeitig Sauerstoffflaschen für Schweißarbeiten besorgt hat".<sup>46</sup>

Die am häufigsten praktizierte Form des Ausweichens ist die der Verheimlichung von Reserven, also des geheimen Hortens von Materialien und Geräten, aber auch die Beschäftigung von Arbeitskräften über den Plan hinaus. Für den Betrieb selbst bietet dieses Verfahren eine gewisse Gewähr zur Verwirklichung der Pläne, während es für den Staat als ganzen mit derart unökonomischer "Vorratswirtschaft" Schäden verursachen muß.<sup>47</sup>

Abweichende Problemlösungen schlagen sich in verschiedenen gesetzeswidrigen Machenschaften der Betriebe, in Verstößen gegen Umweltschutzaufgaben und Sonntagsarbeitsverbote und in Preiserhöhungen nieder. Am verbreitetsten sind die geradezu klassischen Formen: očkovteratel'stvo (Augenwischerei) und pripiski (Zuschreibungen). Zugrunde liegt dabei die Praxis, daß verantwortliche Persönlichkeiten und Meister in Betrieben bzw. Brigadiere in Kolchosen und Sowchosen nach oben

falsche Berichte über die Planerfüllung liefern. Nur ein kleiner Teil der Manipulationen dient der persönlichen Bereicherung; meistens geht es primär um das Interesse des gesamten Betriebes.

Einige Experten glaubten zu erkennen, diese Formen des Betruges seien rückläufig; doch ist diese Ansicht nicht aufrechtzuerhalten. Das Oberste Gericht der UdSSR hat am 12. Januar 1973 einen Beschluß über verschärftes Vorgehen bei diesen und anderen Formen gefälschter Berichterstattung getroffen. Das Organ des Justizministeriums der UdSSR, der Staatsanwaltschaft der UdSSR und des Obersten Gerichtes der UdSSR berichtete im Juni 1977, ein Plenum des Obersten Gerichtes habe sich erneut mit diesem Problem befaßt und festgestellt, daß keine Verbesserungen eingetreten seien. Der gleichen Quelle ist ein Beispiel entnommen, das veranschaulicht, wie dieser Mechanismus "in den Dienst" der gesamten Belegschaft gestellt wird. Das Minsker Gebietsgericht verurteilte den Leiter einer Monteurskolonne des Reparaturtrusts "Belsel'choztechnika", da er die ihm Unterstellten systematisch dazu gezwungen habe, sowohl in den Originalabrechnungspapieren über die Produktionstätigkeit als auch in der staatlichen Rechnungslegung die Angaben zu fälschen. Insgesamt wurden dabei für nicht ausgeführte Arbeiten 18.000 Rubel "zugeschrieben" und den Arbeitern der Kolonne eine Prämie in Höhe von 3.500 Rubel ausbezahlt.<sup>48</sup>

Unverminderter Beliebtheit erfreuen sich die "Zuschreibungen" in den Produktionsbetrieben, wobei die Meister das ihnen unterstehende Arbeiterkollektiv in erster Linie zu solchen Machenschaften bringen, wie Zuschreibung nicht geleisteter Arbeitsstunden, aber auch Auszahlung von Prämien - beispielsweise für schonenden Umgang mit Geräten und Werkzeugen. Diese Mechanismen beschrieb der inzwischen in den

USA lebende Menschenrechtler Valerij Čalidze sehr eingehend, wobei die Solidarisierung zwischen Meistern und Arbeitern die Gesetze ebenso wie die Prinzipien der Parteileitung durchbricht, und allein die Garantie dafür bietet, daß die Pläne erfüllt und Maschinen rasch repariert, aber umgekehrt auch nicht so rasch kaputtgemacht werden.<sup>49</sup>

Die Vielfalt der Vermeidungs- und Ausweichstrategien ist der Preis, den die Partei für ihr "sich ständig perfektionierendes", aber unbewegliches Herrschaftssystem zu entrichten hat. Die gesellschaftlich-politischen Berührungspunkte der Parteibürokratie mit den Bürgern erschöpfen sich in Versprechungen, für die Entwicklung der Wirtschaft, für Wohlstand und höheren Lebensstandard, für ein reiches kulturelles Angebot zu sorgen. Aber auch bei diesen Versprechungen wird weder dem parteilosen Bürger noch auch dem Kommunisten das Recht eingeräumt, für die Lösung solch bürgerfreundlicher Versprechungen konkrete Hinweise zu geben, eigene Bedürfnisse zu artikulieren und weiterreichende Vorschläge zu machen. Die Konsequenz sind Passivität, apolitisches Verhalten und Desinteresse an gesteigerter Qualität und Produktivität der Arbeit. Für die Partei ist aufgrund ihres formalisierten Selbstverständnisses die Tatsache ausreichend, daß sie "Ja-Sager" findet, die widerspruchslos die Führungsrolle der Partei anerkennen und ein Lippenbekenntnis zur Solidarität von Partei und Bevölkerung ablegen.

#### 5.4. Parteifunktionär - ein Prestigeberuf?

Das Prestige der Parteifunktionäre ist sicher nicht allein in ihrer finanziellen Privilegierung begründet. Ohne Zweifel gehören zwar die gehobenen Parteifunktionäre zu den Spitzenverdienern innerhalb des sowjetischen Einkommensgefüges, doch genießen sie weitere, für sowjetische Verhältnisse anstrebenswerte Privilegien, z.B. die Versorgung aus "geschlossenen" - d.h. der Öffentlichkeit nicht zugänglichen, für besondere Kreise reservierten - Geschäften, eine bevorzugte Behandlung im Dienstleistungsbereich hinsichtlich Wohnung, Krankenversorgung und Schulbildung für die Kinder. Für die Partei ist gerade die Gewährung dieser Privilegien ein gezielt genutzter Hebel, um so Abhängigkeiten aufzubauen und Loyalität zu sichern. Dies gilt auf allen Ebenen, auch wenn die Fülle der Privilegien nach unten abnimmt.

Im Bemühen um Privilegierungsmöglichkeiten auch für untergeordnete Funktionäre schafft man - auch wenn Spitzenfunktionäre unvergleichbar besser mit Zusatzleistungen versorgt werden - doch ganz erhebliche Erleichterungen für schwierige Alltagssituationen und besondere "Rechte". Einem Instruktionsband für Parteifunktionäre auf unterer Ebene ist die nachstehende Geschichte um das frühe Ende eines armen Schweines entnommen. Sie zeigt, wie die Gewährung von Sonderrechten der Partei bewährte Kader erhält. "Held" ist ein Nomenklaturafunktionär der untersten Ebene in der Landwirtschaft, ein gewisser I.I. Byčkov. Er hatte sich als Kolchosvorsitzender besonders um die Organisation verdient gemacht und aufgrund seiner Tatkraft verschiedene Zeichen der Rückständigkeit rasch überwinden helfen. Er hatte allerdings eine Schwäche: das Jagdfieber. Bei einem Kontrollgang über die Felder glaubte er, im Gebüsch ein Wildschwein zu sehen und zielte mit seinem offenbar stets geladenen Gewehr und mußte

feststellen, daß er kein Wildschwein, sondern das Haus-  
schwein eines Kolchosbauern erlegt hatte. Mit dem Eigentü-  
mer des Schweins konnte er rasch einig werden, doch wollte  
es das Pech, daß er nicht nur auf ein untaugliches Objekt,  
sondern noch zur falschen Zeit - nämlich während der Schon-  
zeit für Wildschweine - den tödlichen Schuß abgegeben hatte.  
Damit machte er sich strafbar, und das Rayonsparteikomitee  
sah sich schon vor die düstere Aussicht gestellt, einen  
fähigen Funktionär zu verlieren. Seinem übergeordneten Kol-  
legen aus der Parteihierarchie, so das Nachschlagwerk, ver-  
sichernd, daß er "zum ersten Mal in seinem bewußten Leben  
vom allgemein anerkannten Recht abwich", kümmerte er sich  
bei den Justizorganen persönlich um die Angelegenheit und  
erzielte auch den erstrebten Erfolg: "Die Sache ging nicht  
vor Gericht." Dem Jäger Byčkov wurde zwar eine strenge Rüge  
erteilt, doch seine Schaffenskraft bleibt der Partei auf  
einem anderen Posten erhalten.<sup>50</sup>

Ein relativ scharfes Status- und Prestigegefälle innerhalb  
der Funktionärskaste bringt die Partei in erhebliche Schwie-  
rigkeiten, unterhalb der Gebietsebene ihren Bestand zu "for-  
mieren". Während auf höherer hierarchischer Ebene eine ge-  
wisse Stabilität der Kader zu beobachten ist, liegt die  
Fluktuationsrate an der Basis außerordentlich hoch. Genauere  
Informationen darüber wurden auf den Parteitag in den  
Unionsrepubliken vor dem XXV. Parteitag der KPdSU (1976) be-  
kannt - daraus geht allerdings auch hervor, daß die in der  
Nomenklatura-Kompetenz der ZKs liegenden Posten ebenfalls  
eine erhebliche Fluktuation aufweisen, z.T. als Folge von  
Maßregelungen, die nicht immer so glimpflich wie beim Genos-  
sen Byčkov abliefen. In vielen Fällen liegt der "Fluktuation"  
regelrecht kriminelles Verhalten zugrunde, das offenbar auch  
vor gehobenen Schichten nicht Halt macht.

Auf unterster Ebene ist der Instrukteur die Zentralfigur der Partei. Bei den gehobenen Funktionären des Parteiapparates liegt der Anteil der Instruktoren über 65%. Sie sind das "Schlüsselglied" zwischen dem Apparat und den verschiedenen von ihm geleiteten Bereichen. Die Partei ist bestrebt, auf diesen Posten fähige Organisatoren einzusetzen, die zugleich auch entsprechend fachlich vorgebildet sind. Die Fülle und Vielfalt der Basisarbeit stellen jedoch eine solche Überforderung - allein rein zeitlich - dar, daß kaum ein Instrukteur das von ihm erwartete Pensum bewältigt, daß auch kaum einer die "Effizienz" erreichen kann, die der Parteiapparat wünscht. Besonders überlastet sind diese Verbindungsglieder zwischen Parteikomitee und Parteiorganisation durch die große Anzahl der von ihnen zu betreuenden Basisorganisationen. Auch der Instrukteur wird zum Opfer der Bürokratisierung: von ihm wird regelmäßige und ausführliche Berichterstattung verlangt, meist pünktlich zu Monatsbeginn, und des weiteren laufende Mitteilungen über die Lage vor Ort. Häufig bleibt ihm nur die Möglichkeit, die Flucht ins Improvisieren anzutreten. Er ist aufgrund des geringen Prestiges und der starken Überlastung bestrebt, sich möglichst rasch zu verbessern. Die hohe Fluktuation auf diesem Posten an der Basis wird in fast allen parteiamtlichen Nachschlagwerken registriert.

##### 5.5. Ein Herrschaftsmodell für die Zukunft?

Jegliche tiefgreifenden Reformen des bestehenden Apparates und seiner Herrschaftsmechanismen werden von der Partei kategorisch abgelehnt. Abhilfe für die zahlreichen eingestandenen Mängel wird ausschließlich in weiterer "Vervollkommnung" des Bestehenden gesucht. Nur noch Verachtung begegnen die Bemühungen der historischen Unperson Chruščev, die er einst unternahm, um die Leitungsmechanismen so zu reformieren, daß sie dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte ent-

sprechen. Selbsterhaltung der amtierenden Herrschaftsschicht ist aber ein bei weitem vorrangiges Interesse, dem Chruščevs Reformen zuwiderliefen. Ein reicher Katalog von Legitimationsfloskeln untermauert die Herrschaftsansprüche. Die Erhaltung der Machtposition dieser Schicht wird heute noch von der geschichtlichen Entwicklung der Sowjetunion her begünstigt. Rudolf Bahro diagnostiziert und prognostiziert:

"Die Sowjetunion hat insgesamt gesehen eine dogmatisch verkrustete, unaufgeklärte Bürokratie, deren Mitglieder zum wesentlichen Teil überhaupt keine Distanz zu ihrer Rolle besitzen und in frappierender Naivität ihre Mentalität der Anpassung an die Erfordernisse der Karriere als Philosophie anbieten. Vor allem haben die unaufgeklärten Elemente, die politisch und moralisch an die Traditionen der Stalin-Periode gebunden sind, noch immer an der Spitze das Übergewicht. Wenn keine tiefere gesellschaftliche Erschütterung erfolgt, werden so viele Leute ihrer Schule nachrücken, daß der Gesamtprozeß des Fortschritts nur verzweifelt langsam vorankommen dürfte. Die besten Elemente der Sowjetgesellschaft liegen gefesselt, werden der Initiative entwöhnt und verbittert."<sup>51</sup>

Das komplizierte Bedingungsgefüge von unreflektiertem Selbstverständnis, Machterhaltung, sozio-ökonomischer Wirklichkeit, notwendigem gesellschaftlichem Wandel und fortschrittshemmenden Verschleierungsformeln skizziert Bahro in folgender Darstellung:

"Die geistige Misere der Bürokratie ist durch den Teufelskreis bedingt, in dem sich das von ihr zensierte ideologische Selbstverständnis der Sowjetgesellschaft bewegt. Angesichts der unüberbrückbaren Kluft zwischen der sozialistischen Programmatik und der Wirklichkeit sieht die Oligarchie die Legitimität ihres Machtanspruchs an die Kontinuität eines falschen Weltbildes gebunden. Sie kann daher keine qualifizierte politisch-theoretische Reflexion ihres Dilemmas bzw. überhaupt der sozialen Verhältnisse zulassen. Die sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler müssen eine ungeheure Mühe aufwenden, ihre Einsichten in das wahre Wesen dieser Verhältnisse formell mit den überlieferten Dogmen in Einklang zu bringen."<sup>52</sup>

Zum zähen Festhalten an den überkommenen Herrschaftsformen trägt auch die Auseinandersetzung mit den Eurokommunisten bei. In die gleiche Richtung wirken des weiteren Tendenzen in anderen kommunistischen Parteien, auch innerhalb des sozialistischen Lagers. Der Experte für Rechtsrevisionismus, F.M. Vaganov, äußert sich dazu pauschal und ohne auf die Kritikpunkte einzugehen:

"Die Revisionisten von heute richten ihr Hauptfeuer gegen die marxistisch-leninistische Lehre von der Partei als der politischen Organisation und als der führenden Kraft der revolutionären Bewegung, des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus. Die Frage der Partei wurde zum Knotenpunkt des Kampfes zwischen Marxisten-Leninisten und den Vertretern der verschiedenen Formen des Revisionismus. Rechte und 'linke' Opportunisten greifen ohne Unterlaß die Leninsche Lehre von der Partei des Proletariates an, sie bemühen sich um den Nachweis, daß sie heute nicht anwendbar sei, da sie sich unter den spezifischen Bedingungen - wie sie für das Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts typisch waren - gebildet habe, während die heutige Lage sich nach Typ und Charakter davon unterscheidende Parteien erfordere, andere als die existierenden marxistisch-leninistischen Parteien, desgleichen eine grundlegende Veränderung ihrer Rolle und ihres Stellenwertes auch beim Aufbau einer neuen Gesellschaft. Die Revisionisten greifen die Organisationsprinzipien der kommunistischen Parteien an und fordern dabei den Verzicht auf demokratischen Zentralismus, auf die Einheit in den Reihen der Partei und auf andere Leninsche Normen des Parteilebens. Aber all diese Attacken werden eine unvermeidliche Niederlage erleiden."<sup>53</sup>

Zugleich Zeichen und Motiv dieser Verhärtung sind die Bestrebungen, das "bewährte Modell" allen sozialistischen Ländern als obligatorisch aufzuzwingen. Die mit Nachdruck vorangetriebene "sozialistische Integration" wird begleitet vom Bemühen, die politische und ideologische Einheit des "sozialistischen Weltsystems" zu stärken und die Herrschaftsstrukturen stufenweise anzugleichen.

Die totale Manipulation der Gesellschaft bleibt das utopische Ziel. Für die Sowjetunion bleibt die Verwirklichung der lückenlosen Parteileitung der gesamten Gesellschaft allein schon deshalb ein fragwürdiges Vorhaben, weil 40% der Grundparteiorganisationen weniger als 15 Mitglieder aufweisen. Hierin spiegelt sich die Konzentration auf die Kontrolle der am wichtigsten erscheinenden Bereiche, also zukunfts-trächtiger Industriezweige, Wissenschaft und Forschung. Umgekehrt ist gerade in den Wirtschaftszweigen die Parteileitung am schwächsten, die für die "Lebensqualität" der Bevölkerung von unmittelbarer Bedeutung sind: Dienstleistungsbe-reich und Landwirtschaft. Eine weitere Grenze des totalen Herrschaftsanspruchs über die sowjetische Gesellschaft bil-den jene Gruppen, die aus politischen, religiösen, sozialen und nationalen Motiven heraus eine Parteileitung ablehnen bzw. sich ihr entziehen. Unverzichtbarer Bestandteil bzw. Merkmal des Systems werden somit die Repressionsorgane dort, wo sich die Parteileitung von der Gruppe her (z.B. religiöse Gemeinden) verbietet oder wo sie auf Schwierigkeiten ver-schiedenster Art stößt, dort treten die Sicherheitsorgane als Verbündete, als Amtshelfer des Parteiapparates auf den Plan, um die Kontrolle wahrzunehmen, um jegliche Bedrohung des Bestehenden im Keim zu ersticken. So wird eine Gesell-schaft zusammengehalten, deren Zerfall tatsächlich mit dem Ende des Leitungsmonopols der Partei eintreten könnte.

ANMERKUNGEN

- 1 Neue Zeit Nr. 41/Okttober 1977, S. 16.
- 2 A. Ščiglik, Konstitucionnye osnovy političeskoj sistemy razvitogo socializma (Die verfassungsmäßigen Grundlagen des politischen Systems im entwickelten Sozialismus) in: Socialističeskaja zakonnost' Nr. 9/1977, S. 12.
- 3 Zu erwähnen sind unter den zahlreichen Veröffentlichungen in erster Linie die Arbeiten von V. Ševcov, der als der bedeutendste Theoretiker der sowjetischen Herrschaftssoziologie anzusehen ist. Auch Nachschlagwerke wie etwa "Partijnoe stroitel'stvo" - die 4. Ausgabe erschien 1976 - befassen sich mit diesen Fragen. Zur gleichen Thematik erschienen spezielle Sammelbände, darunter besonders erwähnenswert: Leninskie principy i metody partijnogo rukovodstva (Die Leninschen Prinzipien und Methoden der Parteileitung), Moskau 1977.
- 4 Dieser "Legitimationskatalog" wurde anhand der umfangreichen Literatur zusammengestellt; die einzelnen Argumente kehren in allen Nachschlagwerken wieder, die sich mit Parteiaufbau (partijnoe stroitel'stvo) befassen.
- 5 Politika KPSS - marksizm-leninizm v dejstvii. V pomošč' izučajuščim materialy XXV s'ezda KPSS. Učebnoe posobie dlja škol osnov marksizma-leninizma (Die Politik der KPdSU - der Marxismus-Leninismus in Aktion. Hilfen beim Studium der Materialien des XXV. Parteitages der KPdSU. Studienmaterial für die Schulen der Grundlagen des Marxismus-Leninismus), Moskau 1976, S. 29.
- 6 Spravočnik sekretarja pervičnoj partijnoj organizacii (Nachschlagwerk für den Sekretär der Grundparteiorganisation), Moskau 1969, S. 159.
- 7 Partijnaja žizn', Nr. 21/1977, S. 38.
- 8 Pravda, 4. Oktober 1977.
- 9 Die Informationen wurden aus verschiedenen Unterlagen zusammengestellt, das Verzeichnis zu Anfang nach dem Archiv des Verfassers.
- 10 Partijnoe stroitel'stvo. Učebnoe posobie (Parteiaufbau. Studienmaterial), Moskau 1976, S. 172.
- 11 Politika KPSS..., a.a.O., S. 31.

- 12 Partijnoe stroitel'stvo, a.a.O., S. 250.
- 13 Leninskie principy..., a.a.O., S. 283.
- 14 Ju.V. Šabanov, Leninskie principy raboty gosudarstvennogo apparata (Die Leninschen Prinzipien der Arbeit des Staatsapparates), Minsk 1971, S. 231 f.
- 15 Ekonomičeskaja gazeta Nr. 43/Oktobre 1973.
- 16 Partijnoe stroitel'stvo, a.a.O., S. 273.
- 17 Socialističeskoe gosudarstvo. Suščnost', funkcii i formy (Der sozialistische Staat. Wesen, Funktionen und Formen), Moskau 1976, S. 137.
- 18 Ebda., S. 139.
- 19 Socialističeskoe gosudarstvo, a.a.O., S. 139.
- 20 Ebda., S. 140.
- 21 Ebda., S. 143.
- 22 Socialističeskoe gosudarstvo, a.a.O., S. 143.
- 23 Ebda.
- 24 Siehe dazu: N.N. Vinogradov, Razvitie KPSS leninskich idej o partijnom rukovodstve Sovetami na sovremennom etape (Die Entwicklung der Leninschen Ideen über die Parteileitung der Sowjets in der gegenwärtigen Etappe durch die KPdSU) in: Voprosy istorii KPSS Nr. 6/1977.
- 25 P.P. Ukrainec, Partijnoe rukovodstvo i gosudarstvennoe upravlenie (Parteileitung und staatliche Verwaltung), Minsk 1976, S. 79.
- 26 Partijnyj kontrol' dejatel'nosti administracii (Die Parteikontrolle der Tätigkeit der Administration), Moskau 1973, S. 104 ff.
- 27 Ju.V. Šabanov, a.a.O., S. 29.
- 28 Kommunizm i upravlenie obščestvennymi processami (Der Kommunismus und die Verwaltung der gesellschaftlichen Prozesse), Leningrad 1972, S. 156.
- 29 Bjuro pervičnoj partijnoj organizacii (Das Büro der Grundorganisation der Partei), in: Partijnaja žizn' Nr. 13/Juli 1973, S. 56 f.

- 30 Siehe z.B. V. Evseev, Raspredelenie objazannostej v partkome, partbjuro (Die Verteilung der Aufgaben in Parteikomitee und Parteibüro) in: Partijnaja žizn' Nr. 2/1971, S. 37 f.
- 31 Partijnyj kontrol' dejatel'nosti administracii (Parteikontrolle der Tätigkeit der Administration), Moskau 1973, S. 61 ff.
- 32 V. Jagodkin, Partijnaja žizn' v naučnych kolektivach (Parteileben in wissenschaftlichen Kollektiven), in: Kommunist Nr. 11/Juli 1972, S. 51.
- 33 Siehe dazu: Partijnyj kontrol' dejatel'nosti administracii (Parteikontrolle der Tätigkeit der Administration), Moskau 1973, S. 63 ff.
- 34 V. Makeev, Rayonkom i partijnye organizacii VUZov (Das Rajkom und die Parteiorganisationen der Hochschulen), in: Političeskoe samoobrazovanie Nr. 10/1975, S. 97.
- 35 Partijnyj kontrol', ... a.a.O., S. 63 ff.
- 36 V. Makeev, a.a.O., S. 97.
- 37 E.K. Olijnyk, Zdijsnjujučy pravo kontrolju (Das Recht auf Kontrolle verwirklichend), in: Kommunist Ukrainy Nr. 5/1976, S. 80.
- 38 L.A. Slepov, Vozrastanie rukovodjaščej roli partii v stroitel'stve kommunizma (Wachstum der führenden Rolle der Partei beim Aufbau des Kommunismus), Moskau 1972, S. 65.
- 39 E.A. Ivanov, Profsojuzy v političeskoj sisteme socializma (Die Gewerkschaften im politischen System des Sozialismus), Moskau 1974, S. 89.
- 40 Ebda., S. 99 f.
- 41 A. Korolev, Partija i Komsomol (Die Partei und der Komsomol), Moskau 1976, S. 9.
- 42 A. Korolev, a.a.O., S. 31.
- 43 Ota Šik, Das kommunistische Machtsystem, Hamburg 1976.
- 44 Rudolf Bahro, Die Alternative, Hamburg 1977. Aufschlußreich verspricht auch folgende, dem Autor gegenwärtig leider nicht zugängliche, Arbeit zu sein - Gert-Joachim Glaeßner, Herrschaft durch Kader. Leitung und Gesellschaft durch Kaderpolitik in der DDR, Wiesbaden 1977.

- 45 Daten übernommen aus Neue Zürcher Zeitung vom 26. Juli 1977.
- 46 G.S. Oganessov, Vozrastanie rukovodjaščej roli KPSS na sovremennom etape (Das Anwachsen der Führungsrolle der KPdSU in der gegenwärtigen Etappe), Erevan 1975, S. 63.
- 47 Eine eingehende Darstellung dieser Ausweichmechanismen findet sich bei B. Rakitskij, Ekonomika - delo političeskoe (Die Wirtschaft - eine politische Angelegenheit), Moskau 1976.
- 48 G. Elemisov, Usilit' bor'bu s pripiskami (Den Kampf gegen die Zuschreibungen verstärken) in: Socialističeskaja zakonnost' Nr. 6/1977, S. 13.
- 49 Valerij Čalidze, Lekcii o pravovom položenii rabočich v SSSR (Lektionen über die Rechtslage der Arbeiter in der UdSSR), New York 1976.
- 50 A.A. Kandrenkov, Ključevoe zveno partijnogo rukovodstva (Das Schlüsselglied der Parteiführung), S. 20.
- 51 Rudolf Bahro, a.a.O., S. 267 f.
- 52 Rudolf Bahro, a.a.O., S. 268.
- 53 F.M. Vaganov, Opyt KPSS v stroitel'stve socializma i kommunizma (Die Erfahrung der KPdSU beim Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus) in: Voprosy istorii KPSS Nr. 10/1977, S. 16.

ANHANG

1. Gewählte Leitungsorgane der Partei

| 1.1. Politbüro ZK KPdSU |   |
|-------------------------|---|
| <u>Name</u>             | <u>Weitere Positionen</u>   |
| <u>Mitglieder:</u>      |   |
| Andropov, Ju.V.         | Vorsitzender d. Komitees f. Staatssicherheit b. Ministerrat der UdSSR                     |
| Brežnev, L.I.           | Generalsekretär d. ZK der KPdSU; Vorsitzender d. Präsidiums d. Obersten Sowjets der UdSSR |
| Grišin, V.V.            | Erster Stadtsekretär der KPdSU in Moskau  |
| Gromyko, A.A.           | Außenminister der UdSSR   |
| Kirilenko, A.P.         | Sekretär des ZK der KPdSU   |
| Kosygin, A.N.           | Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR  |
| Kulakov, F.D.           | Sekretär d. ZK d. KPdSU; Leiter der Landwirtschaftsabteilung beim ZK der KPdSU            |
| Kunaev, D.A.            | Erster Sekretär des ZK der KP Kasachstans   |
| Mazurov, K.T.           | Erster stellv. Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR                                   |
| Pelše, A.Ja.            | Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU                           |
| Romanov, G.V.           | Erster Obkomsekretär d. KPdSU in Leningrad  |
| Ščerbickij, V.V.        | Erster Sekretär d. ZK d. KP d. Ukraine  |
| Suslov, M.A.            | Sekretär des ZK der KPdSU   |
| Ustinov, D.F.           | Verteidigungsminister der UdSSR   |
| <u>Kandidaten:</u>      |   |
| Aliev, G.A.R.o.         | Erster Sekretär d. ZK d. KP Aserbaidschans  |
| Černenko, K.U.          | Sekretär des ZK der KPdSU; Leiter der Allgemeinen Abteilung beim ZK der KPdSU             |
| Demičev, P.N.           | Kulturminister der UdSSR  |
| Kuznecov, V.V.          | Erster stellv. Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR                 |
| Mašerov, P.M.           | Erster Sekretär des ZK der KP Belorußlands  |
| Ponomarev, B.N.         | Sekretär d. ZK d. KPdSU; Leiter d. Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU            |
| Rašidov, Š.R.           | Erster Sekretär d. ZK der KP Usbekistans  |
| Solomencev, M.S.        | Vorsitzender d. Ministerrates der RSFSR   |

1.2. Sekretariat ZK KPdSU

| Name                    | Weitere Positionen  |
|-------------------------|---|
| <u>Generalsekretär:</u> |   |
| Brežnev, L.I.           |   |
| <u>Sekretäre:</u>       |   |
| Černenko, K.U.          |   |
| Dolgich, V.I.           | Sekretär; Leiter der Abteilung für Schwerindustrie beim ZK der KPdSU  |
| Kapitonov, I.V.         | Sekretär; Leiter der Abteilung für parteiorganisatorische Arbeit beim ZK der KPdSU  |
| Kirilenko, A.P.         |   |
| Kulakov, F.D.           |   |
| Ponomarev, B.N.         |   |
| Rjabov, Ja.P.           | Sekretär für Rüstungsindustrie  |
| Rusakov, K.V.           | Sekretär; Leiter der Abteilung für Verbindungen mit kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder beim ZK der KPdSU |
| Suslov, M.A.            |   |
| Zimjanin, M.V.          | Sekretär für den ideologischen Bereich  |

1.3. Netz der leitenden Parteiorgane  
(1976)

|                                 |       |
|---------------------------------|-------|
| ZK der KPs der Unionsrepubliken | 14    |
| Krajkom                         | 6     |
| Obkom                           | 148   |
| Gubkom                          | -     |
| Orkužkom                        | 10    |
| Ukom                            | -     |
| Gorkom                          | 813   |
| Raykom gorodskoj                | 571   |
| Raykom sel'skoj                 | 2.857 |

2. Ernannter Parteiapparat

2.1. Abteilungen des ZK der KPdSU

Allgemeine Abteilung

Parteiorganisatorische Arbeit (Partei-Organisations-Arbeit)

Administrative Organe

Verteidigungsindustrie

Schwerindustrie

Maschinenbau

Chemische Industrie

Bauwesen

Leicht- und Nahrungsmittelindustrie

Landwirtschaft

Transport-, Post- und Fernmeldewesen

Handel und Dienstleistungen

Planungs- und Finanzorgane

Politische Hauptverwaltung der Sowjetischen Armee und  
Seekriegsflotte

Wissenschaft und Lehranstalten

Propaganda

Kultur

Internationale Abteilung

Verbindungen mit den kommunistischen und Arbeiterparteien  
der sozialistischen Länder



## 2.3. Ernannter Apparat der lokalen Parteiorganisationen

### Kraj-, Oblastkomitees<sup>1</sup>

Allgemeine Abteilung  
Parteiorganisatorische Arbeit  
Propaganda und Agitation  
Industrie und Transport  
Leicht- u. Nahrungsmittelindustrie  
Bauwesen  
Landwirtschaft  
Administrative, Handels- u. Finanzorgane  
Finanzen und Wirtschaft  
Wissenschaft und Lehranstalten  
Parteikommission

### Stadtkomitees<sup>2</sup>

Allgemeine Abteilung  
Organisation  
Industrie und Transport  
Propaganda und Agitation  
Kabinett für politische Bildung  
Sektor für Parteistatistik

### Kreiskomitees<sup>3</sup>

Allgemeine Abteilung  
Organisation  
Industrie und Transport  
Landwirtschaft  
Propaganda und Agitation

### Rayonkomitees<sup>4</sup>

Allgemeine Abteilung  
Organisation  
Propaganda und Agitation  
Kabinett für politische Bildung  
Sektor für Parteistatistik

---

<sup>1</sup> Geleitet von Büro und Sekretariat des Kraj- oder Oblastkomitees.

<sup>2</sup> Geleitet vom Büro des Stadtkomitees.

<sup>3</sup> Geleitet vom Büro des Kreiskomitees.

<sup>4</sup> Geleitet vom Büro des Rayonkomitees.

## Summary

### The Soviet System of Bureaucratic Rule - The CPSU's Control Mechanisms

by Borys Lewytzkyj

The object of the present study is to describe the system of political rule in the Soviet Union which, experts are agreed, is a system of bureaucratic rule. The basis of this system is the "Party leadership" (partynoe rukovodstvo) of the society as a whole. In pursuing its object, the study had to pose itself two important questions:

- who belongs to this ruling bureaucracy, from which social groups do its members come?
- what mechanisms of rule does it employ to safeguard its leadership role in the multinational Soviet realm?

The findings of the study reflected these questions as follows:

- the ruling Party bureaucracy consists of two "pillars": on the one hand, elected leadership organs and the appointed Party apparatus representing the centre of the CPSU's power; on the other hand, the host of Communists occupying all the leadership and the control posts throughout the entire extra-Party sphere on behalf of the Party;
- the elected and appointed Party apparatus avails itself of numerous sharply defined mechanism in selecting, emplacing and directing the Communists engaged in duties outside the Party sphere, the most important of these mechanisms being derived from the Party's monopoly in personnel policy: "rekommendatsiya" (the recommendation of candidates for all leadership posts); "nomenklatura" (list of posts to be filled up by the Party only with "nomenklatura officials". "complementation" or "formation" (the compilation of the personnel complements for entire leadership and control groups, such as the "Council of Scientists" in research institutes or the local Soviets of the People's Deputies).

A further mechanism of rule is derived from the Party's right to control and check all the activities of the Communists. This mechanism is being reflected in the creation of control and review commissions, in regular activities reports to be presented to the Party organization.

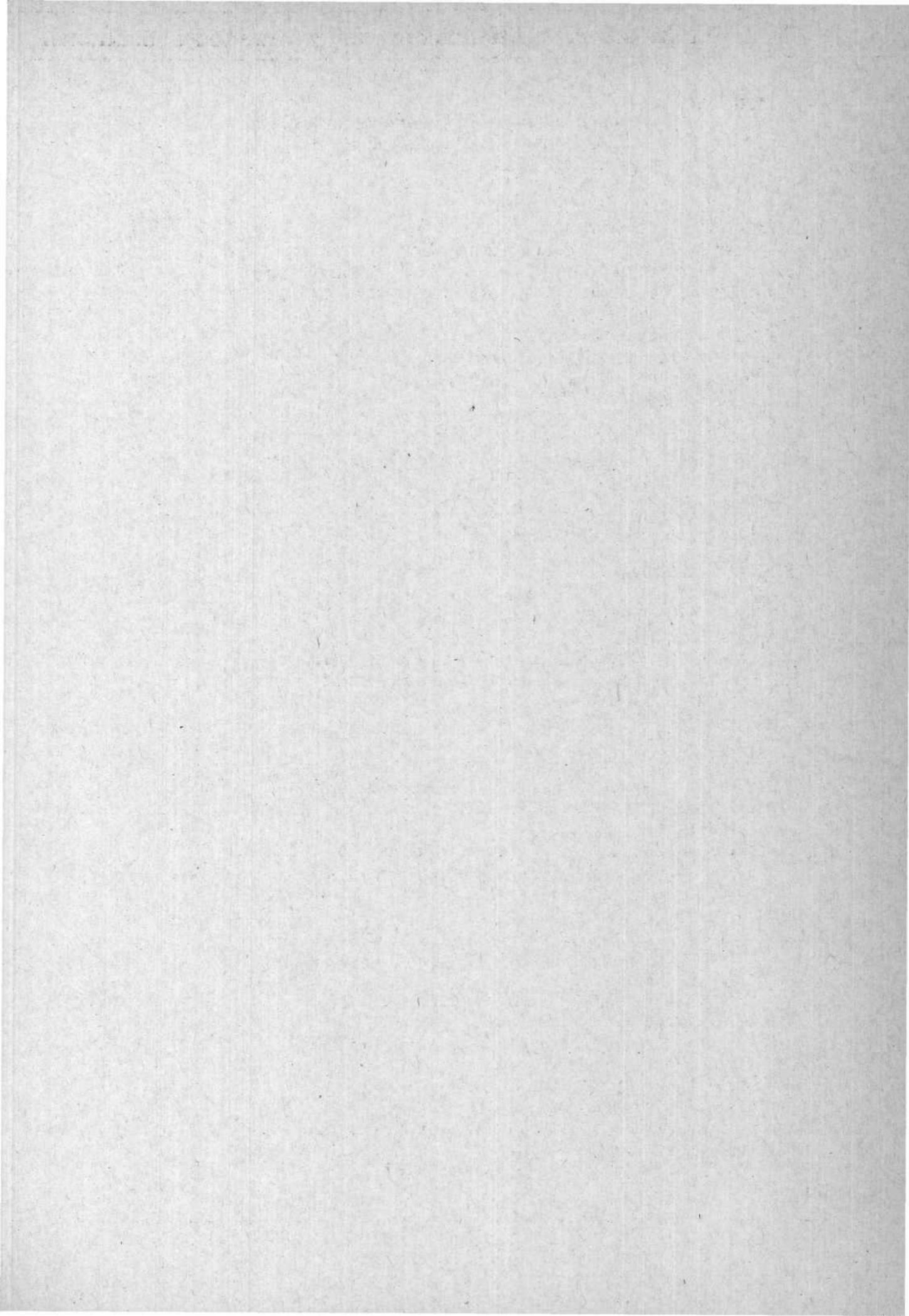
The findings of the study may be summarized in brief as follows:

- the Party's claim to total leadership of the society is satisfied in form; this is achieved by formalization of the Party leadership which thus seeks its legitimation in the creation

of more and more novel bureaucratic substructures in which the activities of the officials responsible peter out amongst the idling millwheels of the bureaucratic machine;

- in order to actually cope with impending problems, recourse has to be taken to various forms of irregularity and expedient for which, it is true, there is no legitimation basis but which must be tolerated, or which are even indispensable, as "informal" mechanisms of rule in order to sustain the bureaucratic system of rule.

The present study is based exclusively on material from Soviet sources which are very comprehensive and include not only books of reference and instructional material intended for Party officials but also numerous articles from Party periodicals; for here the functioning of the Party leadership reveals itself in the light of concrete examples which can thus be turned to account as empirical case studies.



**Sowjetunion 1976/77**

Innenpolitik, Wirtschaft, Außenpolitik. Analyse und Bilanz  
hrsg. vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche  
und internationale Studien, Köln  
Carl Hanser Verlag, München 1977, 299 S.

**Hans-Hermann Höhmann (Hrsg.)**

Arbeitsmarkt und Wirtschaftsplanung. Beiträge zur  
Beschäftigungsstruktur und Arbeitskräftepolitik in Osteuropa  
Europäische Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt a. M. 1977, 250 S.

**Astrid von Borcke**

Die Ursprünge des Bolschewismus. Die jakobinische  
Tradition in Rußland und die Theorie der  
revolutionären Diktatur  
Johannes Berchmans Verlag, München 1977, 646 S.

**Gert Borst, Otto Grassold u.a.**

Militärwesen in der Sowjetunion  
(Reihe: Wehrforschung aktuell, Bd. 5)  
Verlag Bernard & Graefe, München 1977, 114 S.

**Siegfried Lammich**

Grundzüge des sozialistischen Parlamentarismus  
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1977, 239 S.

**Hans Lemberg, Peter Nitsche, Erwin Oberländer (Hrsg.)**

Osteuropa in Geschichte und Gegenwart. Festschrift  
für Günther Stökl zum 60. Geburtstag  
Böhlau Verlag, Köln/Wien 1977, 461 S.

**Franz Sikora**

Sozialistische Solidarität und nationale Interessen.  
Polen, Tschechoslowakei, DDR.  
(Abhandlungen des Bundesinstituts für ostwissen-  
schaftliche und internationale Studien, Bd. XXXI)  
Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1977, 248 S.

**Jiří Slama**

Die sozio-ökonomische Umgestaltung der Nachkriegs-  
Tschechoslowakei. Zur Politik des kommunistischen  
Machtmonopols  
(Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts,  
München, Reihe: Geschichte, Bd. 46)  
Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden 1977, 143 S.

**Wolfgang Teckenberg**

Die soziale Struktur der sowjetischen Arbeiterklasse  
im internationalen Vergleich. Auf dem Wege zur indu-  
strialisierten Ständegesellschaft?  
R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1977, 228 S.